



KfW Research

KfW-Nachhaltigkeitsindikator 2015

»» Methodenband

Bank aus Verantwortung

KFW

Impressum

Herausgeber
KfW Bankengruppe
Palmengartenstraße 5-9
60325 Frankfurt am Main
Telefon 069 7431-0
Telefax 069 7431-2944
www.kfw.de

Redaktion
KfW Bankengruppe
Abt. Volkswirtschaft
research@kfw.de

Dr. Jennifer Abel-Koch
Telefon 069 7431-9592

Dr. Klaus Borger
Telefon 069 7431-2455

Anke Brüggemann
Telefon 069 7431-1736

Dr. Arne Leifels
Telefon 069 7431-4861

Dr. Martin Raschen
Telefon 069 7431-2434

Dr. Volker Zimmermann
Telefon 069 7431-3725

Titelbild:
Getty Images / Fotograf: zhang bo

ISSN 2365-7707

Frankfurt am Main, September 2015

Datenstand: August 2015

METHODENBAND

KfW-NACHHALTIGKEITSINDIKATOR 2015

1. Zielsetzung

Als Förderbank unterstützt die KfW Bankengruppe mit ihren Finanzierungen die Umsetzung von Nachhaltigkeit im In- und Ausland. Vor diesem Hintergrund hat sich KfW Research zum Ziel gesetzt, den Erkenntnisgewinn zum Thema Nachhaltigkeit voranzutreiben, das gesellschaftliche Bewusstsein für die Problematik zu stärken und den Dialog um die Realisierung einer nachhaltigen Entwicklung zu fördern. Dazu muss einerseits das komplexe Leitbild Nachhaltigkeit vereinfacht werden, denn nur so kann die Gesamtentwicklung von Nachhaltigkeit gemessen werden. Andererseits müssen jedoch auch die Einzelelemente abgebildet werden, die in ihrer Vielfalt Nachhaltigkeit ausmachen. Um diese Anforderungen zu erfüllen, wurde der KfW-Nachhaltigkeitsindikator entwickelt. 2007 wurde er erstmals veröffentlicht und gibt quantitativ Auskunft über den Fortschritt der nachhaltigen Entwicklung in Deutschland. Dabei werden drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaftlicher Zusammenhalt – betrachtet und deren Entwicklung im Zeitablauf dargestellt. 2010 und 2012 wurde der KfW-Nachhaltigkeitsindikator einer grundlegenden Überarbeitung unterzogen.

2. Hintergrund

Der Begriff der „Nachhaltigkeit“ stammt ursprünglich aus der Forstwirtschaft des 18. Jahrhunderts. Als Reaktion auf die drohende Übernutzung des Waldes infolge der großen Nachfrage nach Holz mit der beginnenden Industrialisierung und der Zunahme der Bevölkerung entwickelte sich die Einsicht, dass die Ressource Wald auf Dauer nur erhalten werden kann, wenn nicht mehr Holz gefällt wird als durch Wiederaufforstung nachwächst. Die neuere Diskussion des Konzeptes begann Ende der sechziger Jahre und fand 1972 einen Höhepunkt in der Studie des „Club of Rome“ zu den „Grenzen des Wachstums“. Interdisziplinär vermittelte diese Studie ein breiteres Verständnis für die Wechselwirkungen von ökonomischen, ökologischen und demografischen Entwicklungen auf der Erde. Internationales Gewicht erhielt das Konzept der Nachhaltigkeit schließlich 1987, als die von den Vereinten Nationen eingesetzte Brundtland-Kommission für Umwelt und Entwicklung es zum Leitmotiv ihres Abschlussberichtes („Our Common Future“) machte. Nach der sehr allgemeinen Definition des Brundtland-Berichts beschreibt Nachhaltigkeit eine Entwicklung, die „den Bedürfnissen der heutigen

Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.“

Die Vereinten Nationen erklärten das Prinzip der Nachhaltigkeit 1992 auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro zu einem global geltenden politischen Leitbild des 21. Jahrhunderts. Die Vereinten Nationen definieren Nachhaltigkeit als ein Gesamtkonzept, das eine ökologisch verträgliche, sozial gerechte und wirtschaftlich leistungsfähige Entwicklung zum Ziel hat. Ökonomische, soziale und ökologische Zielsetzungen müssen hierfür miteinander in Einklang gebracht werden. Deutschland gehört zu den über 170 Unterzeichnerstaaten dieser UN-Erklärung.

Durch die Sustainable Development Goals (SDGs), die im September 2015 formal beschlossen werden und die die Millennium Development Goals (MDGs) ablösen sollen, wollen die Vereinten Nationen ihre Ausrichtung auf nachhaltige Entwicklungsziele weiter stärken.

Deutschland legte im April 2002 erstmalig eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie unter dem Titel „Perspektiven für Deutschland“ vor. Mit der Festlegung von langfristigen Zielen aus umweltbezogenen, ökonomischen und sozialen Themenbereichen zeigt die nationale Nachhaltigkeitsstrategie Perspektiven für ein zukunftsfähiges Deutschland im 21. Jahrhundert auf. Im letzten Fortschrittsbericht der Bundesregierung von Februar 2012 wurde die Strategie angepasst. Zukünftig sollen bei der Weiterentwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie auch die SDGs miteinbezogen werden.

3. Methodik des KfW-Nachhaltigkeitsindikators

Um das abstrakte Konzept der Nachhaltigkeit zu konkretisieren und die verschiedenen Aspekte von Nachhaltigkeit abzubilden, hat die KfW Anregungen aus der wissenschaftlichen Literatur und der Umsetzungspraxis aufgegriffen. Für die Dimensionen Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaftlicher Zusammenhalt wurden geeignete Schlüsselthemen identifiziert und mit passenden Basisindikatoren unterlegt, die die Entwicklung in den einzelnen Themenbereichen quantifizieren. Insgesamt wurden 24 Schlüsselthemen mit entsprechenden Basisindikatoren ausgewählt, jeweils acht für jede Dimension (siehe Tabelle). Fortschritte im Bereich der nachhaltigen Entwicklung werden anhand von Veränderungen dieser Basisindikatoren im Zeitablauf gemessen.

Tabelle: Schlüsselthemen und Basisindikatoren des KfW-Nachhaltigkeitsindikators

	Schlüsselthema	Basisindikator
Dimension Wirtschaft		
W.1	Erwerbsbeteiligung	Erwerbsquote: Zahl der Erwerbspersonen bezogen auf die Zahl der Einwohner
W.2	Sachkapitalbildung	Nettoinvestitionsquote: Nettoanlageinvestitionen bezogen auf das BIP
W.3	Humankapitalbildung	Bildungsausgabenquote: Private und staatliche Bildungsausgaben bezogen auf das BIP
W.4	Innovationen	FuE-Quote: Ausgaben für Forschung und Entwicklung bezogen auf das BIP
W.5	Materieller Wohlstand	Pro-Kopf-Konsum: Realer privater und staatlicher Konsum bezogen auf die Zahl der Einwohner
W.6	Freizeit	Freizeit pro Erwerbstätigem: Jahresstundenzahl abzüglich der jährlich geleisteten Arbeitsstunden pro Erwerbstätigem
W.7	Staatsverschuldung	Staatsschuldenquote: Bruttoschuld des Staates gemäß „Maastricht“ bezogen auf das BIP
W.8	Privatverschuldung	Privatschuldenquote: Bruttoschuld der Privaten Haushalte und Nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften bezogen auf das BIP
Dimension Umwelt		
U.1	Klimaschutz	Treibhausgasemissionen: Emission von Treibhausgasen in Mio. t CO ₂ e
U.2	Erneuerbare Energien	Prozentanteil der Erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch
U.3	Energienutzung	Energieproduktivität: Reales BIP bezogen auf den Primärenergieverbrauch (1990=100)
U.4	Rohstoffnutzung	Rohstoffproduktivität: Reales BIP bezogen auf die Inanspruchnahme nicht erneuerbaren Primärmaterials (1994=100)
U.5	Flächennutzung	Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche
U.6	Luftschadstoffemissionen	Emission ausgewählter klassischer Luftschadstoffe (1995=100)
U.7	Lärm	Lärmbelästigung durch Straßenverkehr: Anteil der Befragten, die angeben, durch Lärm im Straßenverkehr belästigt zu werden
U.8	Artenvielfalt	Index der Artenvielfalt und Landschaftsqualität (2015=100)
Dimension Gesellschaftlicher Zusammenhalt		
G.1	Bildung	Niedrigqualifiziertenquote: Prozentanteil 25- bis unter 30-Jähriger ohne berufsqualifizierenden Abschluss an gleichaltriger Bevölkerung
G.2	Wirtschaftliche Teilhabe	Langzeitarbeitslosenquote: Prozentanteil der Personen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, an allen zivilen Erwerbspersonen
G.3	Politische Teilhabe	Interesse für Politik: Auf einer Skala von 1 („überhaupt kein Interesse“) bis 4 („sehr starkes Interesse“) bekundetes Interesse der repräsentativ Befragten für Politik
G.4	Gesundheit	Häufigkeit von im Krankenhaus behandelten Krebs- und Herz-Kreislauferkrankungen sowie psychischen und Verhaltensstörungen: relative Vorjahresveränderung
G.5	Sicherheit	Häufigkeit von Gewaltverbrechen und Wohnungseinbruchdiebstählen pro 100.000 Einwohner: relative Vorjahresveränderung
G.6	Gleichberechtigung	Prozentualer Rückstand des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes von Frauen gegenüber Männern
G.7	Integration	Arbeitslosenquote von Ausländern abzüglich der Arbeitslosenquote insgesamt (abhängige zivile Erwerbspersonen)
G.8	Internationale Verantwortung	ODA-Quote: Öffentliche Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit bezogen auf das Bruttonationaleinkommen

Im Einzelnen wird der KfW-Nachhaltigkeitsindikator wie folgt berechnet:

Schritt 1:

In einem ersten Schritt wird die Entwicklung aller Basisindikatoren im Zeitablauf erfasst.

Schritt 2:

Um eine Aussage darüber treffen zu können, ob sich ein einzelner Basisindikator im Sinn einer nachhaltigen Entwicklung verbessert oder verschlechtert hat, ist im nächsten Schritt die Ermittlung eines Vergleichsmaßstabes notwendig: Für alle Basisindikatoren X soll die Benchmark lauten, mindestens so gut zu sein wie im Durchschnitt der jüngeren Vergangenheit, wobei diese als gleitende Zehnjahresperiode aus den dem jeweiligen Bezugsjahr t vorangegangenen Jahren $t-1$ bis $t-10$ definiert wird. Der so definierte Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre ist ein pragmatischer Kompromiss zwischen der Datenverfügbarkeit einerseits und einer ausreichend langen Periode für die Eliminierung rein konjunktureller Einflüsse auf die Benchmark andererseits. Der jährliche Wert für die Benchmark B_t ist folglich definiert als:¹

$$(1) B_t = 0,1 \times (X_{t-1} + X_{t-2} + X_{t-3} + \dots + X_{t-10}).$$

Bildet man nun die Differenz zwischen der nach Gleichung (1) ermittelten Benchmark B_t und dem tatsächlichen Ergebnis des Basisindikators im Bezugsjahr X_t , so erhält man ein Maß dafür, inwieweit die Benchmark in dem betreffenden Jahr erreicht worden ist. Dieses Maß wird im Folgenden als Nachhaltigkeitslücke L_t bezeichnet. Dabei werden zwei Fälle unterschieden, nämlich Indikatoren, bei denen ein Zuwachs eine Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit darstellt (z. B. der reale Konsum pro Kopf), und Indikatoren, bei denen ein Anstieg eine Verschlechterung bedeutet (z. B. der Ausstoß von Treibhausgasemissionen):

$$(2a) L_t = X_t - B_t, \text{ falls ein Anstieg des Basisindikators eine Verbesserung bedeutet,}$$

$$(2b) L_t = B_t - X_t, \text{ falls ein Anstieg des Basisindikators eine Verschlechterung bedeutet.}$$

Ist in dem betrachteten Jahr das tatsächliche Ergebnis gleich der Benchmark, so ist die Lücke gleich Null. Ist die Lücke positiv, so wird die Benchmark in dem betreffenden Jahr übertroffen, ist sie negativ wird sie dagegen verfehlt. Durch die Fallunterscheidung in den Gleichungen (2a) und (2b) wird also erreicht, dass unabhängig von der als Verbesserung zu qualifizierenden Bewegungsrichtung des Basisindikators eine im mathematischen Sinn positive Lücke stets auch auf ein im qualitativen Sinn positives Ergebnis hindeutet. Diese Konvention macht die Interpretation der Zahlen besonders einfach und prägnant.

Schritt 3:

In einem weiteren Schritt werden die vorliegenden Informationen verdichtet. Hierzu müssen zunächst die in ganz unterschiedlichen Dimensionen vorliegenden Teilergebnisse der Basisindikatoren auf eine gemeinsame Skala projiziert werden, um sie anschließend

¹ Gleichung (1) gilt für den allgemeinen Fall, dass eine ausreichend lange Zeitreihe hierfür zur Verfügung steht. Bei eingeschränkter Datenverfügbarkeit wird die vergangenheitsorientierte Benchmark methodisch analog als Durchschnitt der jeweils längstmöglichen vorangegangenen Periode berechnet.

aggregieren zu können. Zur Anwendung kommt ein Scoreverfahren. Hierbei wird die errechnete jährliche Nachhaltigkeitslücke eines jeden Basisindikators anhand einer einheitlichen fünfwertigen Punkteskala (-2, -1, 0, 1, 2) – den Scores – bewertet. Ein positiver Score bedeutet dabei ein gutes Ergebnis, ein negativer Score entsprechend ein schlechtes Resultat. Konkret werden die Scores wie folgt zugeordnet:

- Der Referenzscore von Null wird vergeben, wenn die Lücke in dem betreffenden Jahr annähernd Null ist, d. h. die Benchmark getroffen wird.
- Der Positivscore von Eins wird vergeben, wenn die Lücke deutlich über Null liegt, d. h. die Benchmark übertroffen wird.
- Der Positivscore von Zwei wird vergeben, wenn die Lücke sehr deutlich über Null liegt, d. h. die Benchmark stark übertroffen wird.
- Der Negativscore von minus Eins wird vergeben, wenn die Lücke deutlich unter Null liegt, d. h. die Benchmark verfehlt wird.
- Der Negativscore von minus Zwei wird vergeben, wenn die Lücke sehr deutlich unter Null liegt, d. h. die Benchmark stark verfehlt wird.

Dabei ist zu konkretisieren, was unter „annähernd Null“, „deutlich über (unter) Null“ und „sehr deutlich über (unter) Null“ zu verstehen ist. Auch hier bietet sich aus pragmatischen Gründen eine vergangenheitsorientierte Operationalisierung an. Für die gleitende Zehnjahresperiode vor dem jeweiligen Bezugsjahr t wird die mittlere Benchmarkabweichung A_t bestimmt, die wie folgt definiert ist:²

$$(3) A_t = [0,1 \times (L_{t-1}^2 + L_{t-2}^2 + L_{t-3}^2 + \dots + L_{t-10}^2)]^{1/2}.$$

Mit „annähernd Null“ ist gemeint, dass die Lücke höchstens ein Fünftel der mittleren Benchmarkabweichung von Null entfernt ist. Ein derartiger Toleranzbereich für die Diagnose, ob die Benchmark getroffen wurde, ist notwendig, da die Null im mathematisch exakten Sinn auf der kontinuierlichen Geraden der reellen Zahlen praktisch nie getroffen wird und bei der Messung der zu beurteilenden Größen darüber hinaus mit statistischen Unschärfen zu rechnen ist. Von „deutlich über (unter) Null“ soll gesprochen werden, wenn die Lücke mehr als ein Fünftel der mittleren Benchmarkabweichung, aber höchstens eine mittlere Benchmarkabweichung nach oben bzw. unten von der Null abweicht. „Sehr deutlich über (unter) Null“ schließlich soll bedeuten, dass sich die Lücke mehr als eine mittlere Benchmarkabweichung nach oben bzw. unten von der Null entfernt hat. Die Scorebewertung hängt damit

² Die Definition der mittleren Benchmarkabweichung entspricht damit dem insbesondere in der Prognoseevaluation bekannten Konzept des RMSE („Root Mean Squared Error“) der vorangegangenen Zehnjahresperiode. Steht keine ausreichend lange Zeitreihe zur Verfügung wird die mittlere Benchmarkabweichung methodisch analog für die jeweils längstmögliche Periode ermittelt.

auch von den Erfolgen oder Misserfolgen bei der Erreichung der jeweiligen Benchmarkwerte in der jüngeren Vergangenheit ab. Die nachstehende Tabelle fasst die vorangegangenen Überlegungen noch einmal zusammen.

Scores: Umsetzung und Rechenregeln

- 2 Benchmark stark übertroffen ($A_t < L_t$)
- 1 Benchmark übertroffen ($0,2 \times A_t < L_t \leq A_t$)
- 0 Benchmark getroffen ($-0,2 \times A_t \leq L_t \leq 0,2 \times A_t$)
- 1 Benchmark verfehlt ($-A_t \leq L_t < -0,2 \times A_t$)
- 2 Benchmark stark verfehlt ($L_t < -A_t$)

Schritt 4:

Sind alle Schlüsselthemen anhand ihres jeweiligen Basisindikators mittels des Scoreverfahrens bewertet, kann der Score für die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Wirtschaft, Umwelt, Gesellschaftlicher Zusammenhalt – durch einfache arithmetische Durchschnittsbildung der jeweils dazugehörigen acht Schlüsselthemenscores ermittelt werden. Durch einfache Durchschnittsbildung der Dimensionenscores wird schließlich der Gesamtscore berechnet, an dem sich die Entwicklung der Nachhaltigkeit summarisch ablesen lässt. Angesichts der Schwierigkeit der Festlegung einer objektiven Gewichtung hat sich die KfW Bankengruppe dafür entschieden, auf jeder Aggregationsebene alle Indikatoren gleichgewichtet zu berücksichtigen. Da jede Dimension aus der gleichen Anzahl von Schlüsselthemen mit jeweils genau einem Basisindikator besteht, genügt die einfache Durchschnittsbildung für die Gleichgewichtung auf jeder Ebene. Um der Mehrdimensionalität von Nachhaltigkeit gerecht zu werden, wird allerdings nicht nur der Gesamtscore des KfW-Nachhaltigkeitsindikators berichtet, der eine Gesamtaussage über die nachhaltige Entwicklung in Deutschland ermöglicht, sondern es werden auch die Ergebnisse einzelner Dimensionen und Schlüsselthemen dargestellt.

Zur Ermittlung der Schlüsselthemen- und Dimensionenscores bzw. des Gesamtscores werden grundsätzlich die Werte der Basisindikatoren bis zum jeweiligen Berichtsjahr herangezogen. Das Berichtsjahr ist dasjenige Jahr, das dem jeweiligen Indikatorjahrgang vorangeht, da es zum Zeitpunkt der Analyse das aktuellste Jahr ist, für das Ist-Daten zur Verfügung stehen können. Für den Indikatorjahrgang 2015 beispielsweise ist das Berichtsjahr 2014. Meist reichen die Beobachtungen auf Ebene der Basisindikatoren bis zum Berichtsjahr; in einigen Fällen hängen sie jedoch ein oder zwei Jahre zurück. Endet die Zeitreihe eines Basisindikators früher, wird der jeweils aktuellste verfügbare Wert hilfsweise zur Ermittlung der Schlüsselthemen-, Dimensionen- und des Gesamtscores im Berichtsjahr herangezogen. Liegen im Jahr 2015 beispielsweise für einen Basisindikator nur Werte bis 2013 vor, fließt dieser 2013er-Wert in die Berechnung der Scorewerte für das (dem KfW-Nachhaltigkeitsindikator 2015 zugrunde liegende) Berichtsjahr 2014 ein. Für die Berechnung der Scorewerte für 2013

wird dann entsprechend der Wert des Jahres 2012 genommen usw. Da auf der untersten Aggregationsebene, der Ebene der Basisindikatoren, das Jahr der aktuellen Beobachtung jeweils genannt wird, ist vollständige Transparenz auch in diesen Fällen gewahrt.

Für die errechneten Scores gelten die gleichen Einschränkungen, die auch für andere Indexgrößen zu beachten sind: Die durchschnittlichen Scores eignen sich für die summarische Darstellung der Entwicklung der Nachhaltigkeit eines Landes im Zeitablauf. Sie beantworten also die Frage, ob sich die Nachhaltigkeit gegenüber früheren Jahren verbessert oder verschlechtert hat. Untauglich sind sie hingegen für Niveauvergleiche der Nachhaltigkeitssituation etwa im Länderquerschnitt.

4. Dimensionen, Schlüsselthemen und Basisindikatoren im Detail

4.1 Nachhaltigkeitsdimension Wirtschaft

4.1.1. Überblick

Eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung setzt zunächst voraus, dass die beiden Faktoren Arbeit und Kapital heute und künftig in hinreichender Menge für die Produktion zur Verfügung stehen. Darüber hinaus ist entscheidend, wie produktiv sie sind, denn davon hängt das maximal mögliche Volumen an Gütern ab, das mit der gegebenen Faktorinputmenge produziert und anschließend seiner wirtschaftlichen Verwendung (Konsum, Investitionen, Exporte) zugeführt werden kann. Letztes Ziel des Wirtschaftens ist dabei der Konsum (Investitionen beziehungsweise Sparen sind in dieser Sicht lediglich Instrumente zur Steigerung des Konsums in der Zukunft und Exporte dienen dazu, über die durch sie ermöglichten Importe die Konsummöglichkeiten im Vergleich zum Autarkiefall zu erweitern). Ein Plus an Konsum steht allerdings immer in einem direkten Spannungsverhältnis zu einem Mehr an Freizeit als immateriellem Gut. Von daher ist es ökonomisch nicht zu beanstanden, wenn etwa Produktivitätsfortschritte nicht zu einem höheren Konsum bei gleich bleibender Arbeitszeit, sondern zu verringerter Arbeitszeit bei konstantem Konsum verwendet würden (um nur die beiden Randfälle zu nennen). Konsum und Freizeit sind deshalb gleichwertig zu berücksichtigen. Schließlich, das hat die 2008 ausgebrochene globale Finanz- und Wirtschaftskrise drastisch gezeigt, ist eine solide Finanzierung ohne exzessive Schulden und mit langfristig tragbaren Zinsen für die nachhaltige ökonomische Entwicklung von enormer Bedeutung. Der KfW-Nachhaltigkeitsindikator umfasst in seiner wirtschaftlichen Dimension deshalb alle vier Ebenen mit jeweils zwei Basisindikatoren: die Faktorinputebene (Erwerbsbeteiligung, Sachkapitalbildung), die Produktivitätsebene (Humankapitalbildung, Innovationen), die Outputebene (Pro-Kopf-Konsum, Freizeit pro Erwerbstätigem) und die Finanzierungsebene (Staatsverschuldung, Privatverschuldung).

4.1.2. Schlüsselthemen und Basisindikatoren im Detail

W.1 Erwerbsbeteiligung

Erwerbsquote: Zahl der Erwerbspersonen bezogen auf die Zahl der Einwohner

Eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung kann nur gelingen, wenn ein hinreichend großer Teil der Bevölkerung wirtschaftlich aktiv ist. Je größer die Zahl derjenigen ist, die den wirtschaftlichen Wohlstand erarbeiten, im Vergleich zu denjenigen, die ihn konsumieren, desto weniger droht eine Überlastung des einzelnen Erwerbstätigen. Als Nachweis wirtschaftlicher Aktivität dient dabei die Erwerbstätigkeit selbst (Erwerbstätige) oder zumindest die mit einer aktiven Suche bekundete Bereitschaft, sich dem Arbeitsmarkt kurzfristig als Erwerbstätiger zur Verfügung stellen zu wollen (Erwerbslose). Beide Gruppen, Erwerbstätige und Erwerbslose, zusammen genommen sind die Erwerbspersonen. Die Zahl der Erwerbspersonen bezogen auf die Zahl der Einwohner ist als Erwerbsquote der hier verwendete Basisindikator zur Abbildung des Schlüsselthemas Erwerbsbeteiligung.

Dieser Indikator hat gegenüber alternativ möglichen, engeren Abgrenzungen von Zähler (nur die Erwerbstätigen) und / oder Nenner (nur die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) folgende Vorteile. Zunächst zum Zähler: Durch die Verwendung der Erwerbspersonen anstatt lediglich der Erwerbstätigen wird der Indikator unabhängig von konjunkturell verursachten Schwankungen der Erwerbslosigkeit. Den eher kurzfristigen und sich über den Zyklus hinweg ausgleichenden Konjunkturlauf auszublenken, erscheint vor dem Hintergrund der im Nachhaltigkeitsgedanken angelegten Langfristorientierung angemessen. So kommt in dem Zähler der Quote zum Ausdruck, welchen Bevölkerungsanteil die Gesellschaft unabhängig von konjunkturellen Wechsellagen und damit „grundsätzlich“ für den Arbeitsmarkt gewinnen kann. Nun zum Nenner: Die Bevölkerung insgesamt als Bezugsgröße bietet sich an, weil dadurch zentrale Effekte der demografischen Entwicklung in einer für die Nachhaltigkeitsanalyse angemessenen Art und Weise reflektiert werden können. Denn auch wenn nur aus dem Kreis der Personen im erwerbsfähigen Alter heraus eine aktive Erwerbsbeteiligung erwartet werden kann, so müssen diese Aktiven doch die Produktionsleistung erbringen, auf deren Grundlage nicht nur die eigenen ökonomischen Bedürfnisse und Ansprüche sondern diejenigen der Bevölkerung insgesamt bedient werden. Dies fällt umso schwerer, je kleiner der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter und damit *bei unveränderter Partizipationsquote³ dieses Personenkreises* zugleich auch der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung wird. In diesem Fall würde die Erwerbsquote sinken und damit eine demografisch verursachte Verschlechterung in dem Schlüsselthema Erwerbsbeteiligung anzeigen – ein gerade unter Nachhaltigkeitsaspekten höchst plausibles Ergebnis. Kompensieren oder zumindest

³ Partizipationsquote = Erwerbspersonen in Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

abmildern ließe sich der negative demografische Effekt auf die Erwerbsquote nur, wenn ein größerer Teil der schrumpfenden Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter für den Arbeitsmarkt gewonnen werden kann, wenn also deren in der Partizipationsquote zum Ausdruck kommenden Erwerbsneigung steigt (womit zugleich eine für die wirtschaftliche Nachhaltigkeit wichtige arbeitsmarktpolitische Aufgabe unter den Vorzeichen einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung beschrieben wäre).

Die Erwerbsquote wird im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) des Statistischen Bundesamtes nachgewiesen. Damit steht sie zeitnah zur Verfügung. Ein Anstieg der Erwerbsquote, die als Niveaugröße in den KfW-Nachhaltigkeitsindikator einfließt, wird als positiv im Sinn der Nachhaltigkeit gewertet.

W.2 Sachkapitalbildung

Nettoinvestitionsquote: Nettoanlageinvestitionen bezogen auf das BIP

Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet, dass die aktuelle Generation den vorgefundenen Kapitalstock nicht verbraucht, sondern mindestens erhält und möglichst ausbaut, um für die Produktion in der Zukunft Vorsorge zu treffen. Ein Aufbau des Kapitalstocks findet langfristig allerdings nur in dem Maß statt, wie die Bruttoanlageinvestitionen den anhand der Abschreibungen gemessenen Kapitalverzehr in der laufenden Periode übersteigen. Insofern sind die volkswirtschaftlichen Nettoanlageinvestitionen, d. h. die Bruttoanlageinvestitionen abzüglich der Abschreibungen, die geeignete Bezugsgröße für einen gesamtwirtschaftlichen Indikator der Sachkapitalbildung. Um der (wachsenden) Größe einer Volkswirtschaft Rechnung zu tragen, werden die Nettoanlageinvestitionen aber üblicherweise nicht in ihrem nominalen, also in Geldeinheiten gemessenem Niveau verwendet, sondern auf das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) als das relevante Maß für die ökonomische Größe der Volkswirtschaft bezogen, d. h. es wird die Nettoanlageninvestitionsquote gebildet.

Die Nettoanlageinvestitionen sind, ebenso wie das BIP als Nenner der Quote, den VGR des Statistischen Bundesamtes zu entnehmen und stehen damit zeitnah zur Verfügung. Ein Anstieg der Nettoinvestitionsquote ist positiv im Sinn der Nachhaltigkeit.

W.3 Humankapitalbildung

Bildungsausgabenquote: Private und staatliche Bildungsausgaben bezogen auf das BIP

Wichtig für die Nachhaltigkeit sind aber nicht nur die Investitionen in den Sachkapitalstock, sondern – gerade in einem rohstoffarmen und alternden Land wie Deutschland – ebenso die Investitionen in Humankapital, also Bildung. Diese leistet einen essenziellen Beitrag zur Steigerung der Produktivität. Jedoch ist eine Erhöhung der Bildungsausgaben allein keine hinreichende Bedingung für höhere Produktivität. Letzten Endes kommt es auf einen effizienten Einsatz der knappen finanziellen Ressourcen an, denn volkswirtschaftlich relevant ist

allein der Output des Bildungssystems. Auch für die Bildungsausgaben stellen die VGR ausgesuchte Kenngrößen zur Verfügung. Zum einen sind dies die staatlichen Ausgaben für das Bildungswesen, die innerhalb der jährlichen VGR-Tabelle „Ausgaben des Staates nach Verwendungszwecken“ nachgewiesen werden. Zu diesen werden die privat erbrachten Ausgaben für das Bildungswesen – Teil der Tabelle „Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland nach Verwendungszwecken und nach Dauerhaftigkeit der Güter“ – addiert.

Die Summe aus privaten und staatlichen Ausgaben wird, ebenso wie die Nettoanlageinvestitionen, auf das BIP bezogen und geht als „Bildungsausgaben“ in den KfW-Nachhaltigkeitsindikator ein. Genauso wie bei den Nettoanlageinvestitionen ist auch bei den Bildungsausgaben ein Anstieg positiv im Sinn der Nachhaltigkeit zu werten.

W.4 Innovationen

FuE-Quote: Ausgaben für Forschung und Entwicklung bezogen auf das BIP

Innovationen sind für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung. So erhöhen Innovationen durch neue Produkte und Produktivitätssteigerungen die Wettbewerbsfähigkeit auf den globalen Märkten, beschleunigen den strukturellen Wandel innerhalb einer Volkswirtschaft und steigern so die gesamtwirtschaftliche Produktivität. Daher ist es unbestritten, dass Innovationen und technischer Fortschritt zu den Hauptantriebsfedern langfristigen Wirtschaftswachstums zählen und einen wichtigen Beitrag zu Wohlstand und insbesondere zur Schaffung von Arbeitsplätzen leisten. Das Innovationssystem sieht sich gleichwohl weiteren mittel- und langfristigen Herausforderungen gegenüber. Die Frage, wie die Sicherung des Wohlstands nachhaltig unter Berücksichtigung von beispielsweise Generationengerechtigkeit, Klimawandel und sozialer Ausgewogenheit erfolgen kann, rückt zunehmend in den Fokus der Betrachtung. So bedarf es unter anderem neuer Technologien, um den Ressourcenverbrauch zu verringern und die negativen Folgen des Klimawandels zu begrenzen. Auch sind deutliche Produktivitätsfortschritte erforderlich, um die Belastung der Sozialkassen durch die demografische Entwicklung zu senken.

Die zum BIP in Relation gesetzten Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) einer Volkswirtschaft (staatlich und privat) stellen den politisch am stärksten beachteten Innovationsindikator dar. Für die FuE-Quote wurde im Lissabon-Prozess der EU ein Ziel von 3 % festgeschrieben. Die Wahl der FuE-Quote rechtfertigt sich jedoch nicht allein durch seine hervorgehobene politische Bedeutung, sondern auch aus wissenschaftlicher Perspektive, da die FuE-Aufwendungen von Wirtschaft und Staat die zentralen „Produktionsfaktoren“ des Innovationssystems darstellen. Die Daten zu den FuE-Anstrengungen werden in Deutschland vom Stifterverband erhoben und an die OECD gemeldet. In den Nachhaltigkeitsindikator geht der vorläufige, von der OECD veröffentlichte Wert ein. Die FuE-Quote ist dabei definiert

als FuE-Aufwendungen in einem Jahr bezogen auf das nominale Bruttoinlandsprodukt desselben Jahres. Ein Anstieg ist als Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit zu interpretieren.

W.5 Materieller Wohlstand

Pro-Kopf-Konsum: Realer privater und staatlicher Konsum bezogen auf die Zahl der Einwohner

Die nachhaltige Wohlstandsmehrung steht im Zentrum aller wirtschaftlichen Betätigung, wobei der Verbrauch der letzte Zweck ökonomischen Handelns ist. Diese Überlegung spricht gerade unter der Nachhaltigkeitsperspektive dafür, statt des oft verwendeten ökonomischen Entwicklungsmaßes „BIP pro Kopf“ eine zentrale Kenngröße für den Konsum zur Messung des materiellen Wohlstands zu verwenden. Für die allermeisten Menschen dürfte dabei aus individueller Perspektive ein Zuwachs an wirtschaftlichem Wohlergehen gleichbedeutend sein mit einer Ausweitung ihrer persönlichen Konsummöglichkeiten. Diese Wohlstandsverbesserung wird durch einen Anstieg des realen privaten Konsums pro Kopf, wie er im Rahmen der VGR ausgewiesen wird, treffsicher signalisiert. Allerdings sind die privaten Ausgaben für den Individualkonsum nur ein (wenn auch erheblicher) Teil des gesamtwirtschaftlichen Konsums. Hinzu kommen die Konsumausgaben des Staates, die sowohl dem Individual- als auch dem Kollektivkonsum dienen können. Die Ausgaben des Staates für den Individualkonsum umfassen dabei solche Posten, die zwar durch das öffentliche System erbracht werden, die aber keinen Kollektivgutcharakter haben, sondern von einzelnen Personen verbraucht werden (wie beispielsweise die Sachleistungen der Sozialversicherungen). Demgegenüber werden die konsumtiven staatlichen Ausgaben für Kollektivgüter, für die Nicht-Rivalität im Konsum herrscht und die deshalb nicht einzelnen Individuen zurechenbar sind, sondern von der Gesellschaft als Ganzes verbraucht werden (wie etwa die Leistungen der Infrastruktur sowie die innere und äußere Sicherheit), den staatlichen Ausgaben für den Kollektivkonsum zugeschlagen. Seit der Jahrtausendwende entfielen vom gesamtwirtschaftlichen Konsum ziemlich stabil rund 75 % auf die privaten Konsumausgaben (für den Individualkonsum), 16 % auf die staatlichen Ausgaben für den Individualkonsum sowie 9 % auf die staatlichen Ausgaben für den Kollektivkonsum. Im Sinn eines umfassenden Konsumkonzepts wird der preisbereinigte gesamtwirtschaftliche Konsum pro Einwohner im Rahmen des KfW-Nachhaltigkeitsindikators als Basisindikator des materiellen Wohlstands zugrunde gelegt.

Der reale Konsum pro Einwohner wird für die Scoreberechnung in prozentuale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr transformiert, um seiner trendbehafteten Entwicklung im Niveau Rechnung zu tragen. Das in der Benchmark zum Ausdruck kommende – und mit dem Paradigma einer wachsenden Wirtschaft kompatible – Anspruchsniveau ist folglich eine

Verbesserung des Pro-Kopf-Konsums mindestens im Durchschnittstempo der jüngeren Vergangenheit. Ein Anstieg weist auf eine Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit hin.

W.6 Freizeit

Freizeit pro Erwerbstätigem: Jahresstundenzahl abzüglich der jährlich geleisteten Arbeitsstunden pro Erwerbstätigem

Das Interesse an einer möglichst hohen materiellen Güterversorgung steht allerdings in einem Zielkonflikt mit einem anderen, in diesem Fall immateriellen Gut, dem die Menschen wegen seiner erheblichen Auswirkungen auf die Lebensqualität typischerweise ebenfalls einen großen Wert beimessen: nämlich der für Nichtmarktaktivitäten zur Verfügung stehenden Freizeit und Muße. Denn bei gegebener Produktivität ist ein Mehr an Konsum nur um den Preis eines höheren Arbeitseinsatzes zu haben. Aus diesem Grund bietet es sich gerade vor dem Hintergrund einer Nachhaltigkeitsanalyse an, den wirtschaftlichen Output im Sinn eines umfassend verstandenen wirtschaftlichen Wohlergehens nicht allein „materiell“, also am Konsum festzumachen, sondern ihm einen Indikator für die Freizeit zur Seite zu stellen.

Da die Freizeit komplementär zur Arbeitszeit ist, kann dieser Aspekt indirekt anhand der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit, d. h. konkret des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens bezogen auf die Zahl der Erwerbstätigen, gemessen werden. Auch diese Größe wird vom Statistischen Bundesamt im Rahmen der VGR nachgewiesen. Zieht man von der Jahresstundenzahl das in Stunden gemessene Jahresarbeitsvolumen pro Erwerbstätigem ab, so erhält man ein Maß für die „Nichtarbeitszeit“ bzw. Freizeit eines durchschnittlichen Erwerbstätigen. Der Ansatz fußt in der Annahme, dass die Erwerbstätigen ein Mehr an Freizeit unabhängig davon, ob es freiwillig oder „gezwungenermaßen“ (z. B. wegen Kurzarbeit oder unfreiwilliger Teilzeit) zu Stande kommt, unter ansonsten gleichen Umständen grundsätzlich positiv bewerten. Wohlstandsmindernd bei „unfreiwilligem“ Freizeitgewinn wirkt mit anderen Worten nicht der Zugewinn freier Zeit „an sich“, sondern die damit in aller Regel einhergehenden Einkommensverluste, die das Konsumpotenzial schmälern. Dieser Aspekt wird im Rahmen des KfW-Nachhaltigkeitsindikators aber bereits im Schlüsselthema materieller Wohlstand durch den Basisindikator Konsum pro Kopf hinreichend berücksichtigt.

Die jährliche Freizeit pro Erwerbstätigem wird vor Verwendung im KfW-Nachhaltigkeitsindikator um den Schaltjahreseffekt bereinigt.⁴ Ansonsten geht sie ohne weitere Transformation, d. h. als Niveaugröße in die Berechnungen ein, da deren Veränderungen von natürlichen Niveauunter- und Obergrenzen beschränkt werden. Dies schließt permanente

⁴ Konkret wird in Schaltjahren die nach dem oben beschriebenen Verfahren ermittelte Freizeitstundenzahl mit dem Faktor 365 / 366 proportional nach unten skaliert. Hierdurch wird der Effekt aus der rein formalen Tatsache, dass der Kalender alle vier Jahre einen zusätzlichen Tag zur Verfügung stellt, eliminiert. Anderenfalls würde der materielle Trend bei der Freizeitentwicklung in Schaltjahren fundamental über- und im anschließenden Jahr (wenn der zusätzliche Tag wieder wegfällt) unterschätzt.

Verbesserungen dieses immateriellen Wohlstandsmaßes mindestens im Tempo der Vergangenheit theoretisch aus, weswegen eine daran normierte Benchmark im Unterschied zu dem materiellen Wohlstandsindikator Konsum pro Kopf in diesem Fall verfehlt wäre. Auch beim Freizeitindikator deutet ein Anstieg auf eine Verbesserung der Nachhaltigkeitssituation hin.

W.7 Staatsverschuldung

Staatsschuldenquote: Bruttoschuld des Staates gemäß „Maastricht“ bezogen auf das BIP

Eine langfristig tragbare Verschuldungssituation der öffentlichen Haushalte ist ein zentrales Ziel der Europäischen Union, denn sie ist nicht nur für eine prosperierende Wirtschaft, sondern letztlich sogar für den Fortbestand der demokratischen politischen Ordnung zentral. Nach dem viel zitierten Beitrag von Domar (1944)⁵ ist eine nachhaltige Staatsverschuldung dadurch gekennzeichnet, dass die auf das BIP bezogenen Bruttostaatsschulden (abgesehen von konjunkturellen Schwankungen) im Zeitablauf konstant bleiben. Dahinter steht die Überlegung, dass es für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen im Kern nicht auf die absolute Höhe der Staatsschulden ankommt, sondern ob man deren Zinslast dauerhaft tragen kann. Bei langfristig stabilem Zinssatz und stabiler Staatseinnahmenquote bedeutet eine abgesehen von konjunkturellen Schwankungen konstante Schuldenquote zugleich eine annähernd konstante Zinslastquote, d. h. der Staat muss jedes Jahr in etwa den gleichen Anteil seiner Einnahmen – und nicht etwa einen steigenden – für die Zinszahlungen aufwenden.

Wie hoch die zu stabilisierende „optimale“ Schuldenquote selbst sein soll, kann aus ökonomischem Kalkül heraus jedoch nicht abgeleitet werden, sondern ist das Ergebnis politischer Entscheidungen. Die EU-Staaten haben mit ihrer im Anhang des Maastrichter Vertrages protokollierten Festlegung des Referenzwertes für die Staatsverschuldung in Höhe von 60 % des BIP ihre Präferenzen explizit gemacht. International werden zum Teil wesentlich höhere Schuldenstände finanziert. Wie das Beispiel Japans im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts zeigt, ist bei hinreichend niedrigem Zinsniveau sogar ein Schuldenstand von beinahe der doppelten jährlichen Wirtschaftsleistung tragbar: So verwendete Japan im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2009 rund 7,3 % seiner Staatseinnahmen für den Schuldendienst und damit nur etwas mehr als Deutschland (6,3 %), aber weniger als die USA (8,4 %). Wie diese Überlegungen zeigen, sollte die Zinslastquote des Staates (Zinsausgaben des Staates bezogen auf die staatlichen Einnahmen) deshalb zumindest ergänzend berücksichtigt werden, insbesondere bei der qualitativen Würdigung der Finanzlage in der kürzeren Frist. Da sich der Vorteil einer niedrigen Zinsbelastung aber bei steigendem Zinssatz relativ rasch auflösen

⁵ Domar, E. D. (1944), The “Burden of Debt” and the National Income, American Economic Review, p. 798ff. Hier sinngemäß zitiert nach: Priewe, J. (2002), Fiskalpolitik in der Europäischen Währungsunion – im Dilemma zwischen Konsolidierung und Stabilisierung, WSI Mitteilungen 5/2002, S. 273ff. Siehe auch: Filc, W. und E. Klär (2003), Absolut oder relativ: Zur Diskussion über die Konsolidierung öffentlicher Haushalte, Wirtschaftsdienst 2003/11, S. 742ff.

kann, während sich das Verschuldungsniveau als Bestandsgröße nur nach und nach abbauen lässt, ist die Schuldenquote (Bruttostaatsschuld bezogen auf das BIP) gerade wegen der in der Nachhaltigkeitsbetrachtung angelegten langfristigen Perspektive der theoretisch überlegene Indikator zur Beurteilung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen.⁶ Sie soll deshalb hier im Zentrum stehen.

Die Bruttostaatsschuldenquote findet im KfW-Nachhaltigkeitsindikator als Niveaugröße Berücksichtigung. Ein Rückgang ist als Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit zu interpretieren. Die Bruttostaatsschuldenquote wird im Rahmen der Maastricht-Statistiken für die Zwecke der Europäischen Haushaltsüberwachung von der Deutschen Bundesbank zur Verfügung gestellt. Die primärstatistische Verantwortung für das BIP, den Nenner der Quote, liegt dabei allerdings beim Statistischen Bundesamt.

W.8 Privatverschuldung

Privatschuldenquote: Bruttoschuld der Privaten Haushalte und Nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften bezogen auf das BIP

Die in der Vergangenheit zumeist übliche Fokussierung von finanziellen Nachhaltigkeitsbetrachtungen auf den Sektor Staat folgte der Überzeugung, dass die Privaten Haushalte und Unternehmen vom Markt wirkungsvoll kontrolliert und gegebenenfalls diszipliniert werden (sodass makroökonomisch relevante Finanzexzesse ausbleiben), wohingegen beim demokratisch verfassten Staat politökonomisch eine latente Tendenz zur Unterfinanzierung besteht. Im Kern steht dahinter der Gedanke, dass die Wähler staatliche Leistungen zwar grundsätzlich gerne in Anspruch nehmen, sie aber weit weniger gerne auch finanzieren möchten und besonders bei den so genannten öffentlichen Gütern auf individueller Ebene

⁶ Die Bruttostaatsschuldenquote ist zudem unter Nachhaltigkeitsaspekten der Defizitquote, die (ebenso wie eine nicht hinreichend schnell fallende Staatsschuldenquote oberhalb von 60 % des BIP) im Rahmen der europäischen Haushaltsüberwachung bei Überschreiten des Maastrichter Referenzwertes von 3 % des BIP ein Verfahren wegen übermäßigen Defizits auslöst, theoretisch überlegen. Denn defizitwirksam sind staatliche Transaktionen innerhalb der VGR nur, sofern sie die Nettovermögensposition des Staates verändern. Dies ist beispielsweise bei einer Rettungsmaßnahme im Zuge der Finanzkrise wie etwa einer Beteiligung oder einem Kredit an eine systemisch wichtige Bank dann nicht der Fall, wenn diese Transaktion materiell zu Marktkonditionen abgewickelt wird. Hier tauscht der Staat lediglich finanzielle Aktiva – typischerweise Geld gegen Forderungen –, was seine Nettovermögensposition unverändert lässt. Nur wenn die Transaktion ein Beihilfeelement enthält, wird dessen ökonomischer Gegenwert innerhalb der VGR als defiziterhöhender Kapitaltransfer verbucht. Die Berechnung des Schuldenstands folgt dagegen dem Bruttoansatz, bei dem finanzielle Aktiva nicht abgesetzt werden. Folglich erhöht eine Rettungsmaßnahme typischerweise die Bruttostaatsschuld im vollen Volumen des Kredits oder der Beteiligung. Gerade vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Veränderung der Bruttostaatsschuldenquote gegenüber der Defizitquote folglich das überlegene Kriterium für die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen, da sowohl die schuldenstandserhöhenden Effekte aus der Unterdeckung der laufenden Staatsausgaben (welche im Defizit zum Ausdruck kommen), als auch aus der kreditfinanzierten Bilanzverlängerung des Staates im Zusammenhang mit den Rettungsmaßnahmen im Finanzsektor erfasst werden. Schließlich muss der Staat Zins und Tilgung für die übernommenen Schulden unabhängig von deren Herkunft darstellen können.

trotz mangelnder Zahlungsbereitschaft nicht von deren Konsum ausgeschlossen werden können.

Diese Verengung auf den Staat erscheint spätestens mit den Erfahrungen aus der 2008 ausgebrochenen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht mehr angebracht. Insbesondere in Spanien und Irland, aber auch in den USA waren es private Finanzblasen und die private Überschuldung, die gesamtwirtschaftlich für massive Probleme gesorgt haben. Dabei dürften Kontrollversagen, unrealistische Erwartungen zum nachhaltig realisierbaren Vermögenspreisanstieg, Herdenverhalten sowie asymmetrische Informationsverteilung als wichtiger Marktversagensanlass eine prominente Rolle gespielt haben, um nur einige Gründe zu nennen, warum es auch bei der privaten Verschuldung zu gravierenden Fehlentwicklungen kommen kann. Deshalb soll auch im KfW-Nachhaltigkeitsindikator mit der Privatschuldenquote ein Indikator zur Beurteilung der Tragfähigkeit der Finanzierungssituation in der privaten Realwirtschaft aufgenommen werden und so zusammen mit der Staatsschuldenquote eine umfassende finanzielle Nachhaltigkeitsbetrachtung im Staats- und Privatsektor ermöglichen.

Die Daten zur Privatschuldenquote werden von Eurostat im Rahmen des Indikatorenansatzes für die Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte („Scoreboard“) zur Verfügung gestellt. Dabei umfasst der private Schuldenstand den Bestand an Verbindlichkeiten, den die nach den Kriterien der VGR abgegrenzten Sektoren Private Haushalte (einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) sowie die Nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften in konsolidierter Form, d. h. ohne Berücksichtigung von Transaktionen innerhalb dieser Sektoren, halten.⁷ Zur Ermittlung der Privatschuldenquote wird der in Millionen Euro gemessene nominale Schuldenstand zum Ende eines Jahres auf das nominale BIP des gleichen Jahres bezogen. Die Privatschuldenquote fließt als Niveaugröße in den KfW-Nachhaltigkeitsindikator ein, wobei analog zur Bruttostaatsschuldenquote Rückgänge als Verbesserung der Nachhaltigkeitssituation zu interpretieren sind.

4.2 Nachhaltigkeitsdimension Umwelt

4.2.1. Überblick

Der Schutz der natürlichen Lebensbedingungen stellt für die ökonomische und soziale Stabilität eine Grundvoraussetzung dar und ist damit essenziell für eine nachhaltige Entwicklung.

⁷ Der ebenfalls private Sektor der Finanziellen Kapitalgesellschaften – hierzu zählen die Banken und Versicherungen – bleibt in dieser Abgrenzung des nichtstaatlichen Bereichs bewusst außen vor, da bei der Nachhaltigkeitsanalyse der Privatverschuldung die *Realwirtschaft* im Fokus des Interesses stehen soll. Die Finanziellen Kapitalgesellschaften spiegeln das Verschuldungsgebaren der anderen privaten Sektoren (und des Staates) im Wesentlichen auf der anderen Bilanzseite wider, da sie die mit Abstand wichtigsten Transaktionspartner der Einheiten aus den anderen Sektoren sind. Würde man die Finanziellen Kapitalgesellschaften in den nichtstaatlichen Konsolidierungskreis aufnehmen, würde sich der Großteil der privaten Forderungen und Verbindlichkeiten gegenseitig aufheben.

Ziel ist die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlage aller Lebewesen. Dies kann über den Erhalt von bedrohten Tieren und Flächen (Indikator zur Entwicklung der Artenvielfalt und des Anteils der Siedlungs- und Verkehrsfläche) oder die Reduzierung von schädlichen Wirkungen auf den Naturhaushalt (Indikator zur Entwicklung der Ressourcenproduktivität, der Luftschadstoffemissionen und der Lärmbelastigung) erreicht werden. Ferner trägt eine entsprechende Klimaschutz- und Energiepolitik eines Landes entscheidend zu dem Erhalt der natürlichen Lebensbedingungen bei. Treibhausgasemissionen, der Anteil Erneuerbarer Energien an der Energieversorgung und die Energieproduktivität zeigen dabei die Erfolge dieser Politikmaßnahmen, sodass diese Indikatoren hier gewählt wurden.

4.2.2. Schlüsselthemen und Basisindikatoren im Detail

U.1 Klimaschutz

Treibhausgasemissionen: Emission von Treibhausgasen in Mio. t CO₂e

Der Klimaschutz ist eine der größten Herausforderungen für die Menschheit. Prognosen gehen beim ungebremsten Anstieg der Treibhausgasemissionen bis zum Ende dieses Jahrhunderts von einer weltweiten Erwärmung um bis zu 5,4°C gegenüber vorindustriellen Bedingungen aus. Mit gravierenden Folgen für Mensch und Natur: Extreme Wetterereignisse wie Stürme, Dürren, Starkniederschläge und Überschwemmungen werden häufiger und mit steigender Intensität auftreten. Immer deutlicher wird, dass der menschliche Einfluss auf das Klima zu enormen ökologischen und ökonomischen Schäden und hohen Adaptionskosten führen wird. Um den befürchteten Temperaturanstieg und die damit verbundenen Folgen auf ein vertretbares Maß zu beschränken, müssen die Treibhausgasemissionen drastisch gesenkt werden.

Um Fortschritte im Bereich des Klimaschutzes abzubilden, wird als Basisindikator die mengenmäßige Entwicklung der Treibhausgasemissionen in Deutschland herangezogen. Hierbei werden die sieben im Kyoto-Protokoll genannten Treibhausgase berücksichtigt: Kohlendioxid (CO₂), Distickstoffoxid (Lachgas, N₂O), Methan (CH₄), Fluorkohlenwasserstoffe (HFKW), Perfluorkohlenwasserstoffe (FKW), Schwefelhexafluorid (SF₆) und Stickstofftrifluorid (NF₃). Das gesamte Treibhausgasaufkommen wird in so genannten CO₂-Äquivalenten als Maß für den Treibhauseffekt der einzelnen Gase ausgedrückt und in prozentualen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ausgewiesen. Ein Rückgang der Treibhausgasemissionen ist positiv im Sinn der Nachhaltigkeit zu werten. Die Daten zur Treibhausgasemissionsentwicklung werden der Berichterstattung des Umweltbundesamtes entnommen.

Deutschland hat sich im Rahmen seines Energiekonzeptes das Ziel gesetzt, seine Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 % und bis 2050 um 80 bis 95 % gegenüber 1990 zu reduzieren.

U.2 Erneuerbare Energien

Prozentanteil der Erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien leistet einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung des Treibhauseffekts und trägt zur Energieversorgungssicherheit Deutschlands durch Verringerung der Energieimportabhängigkeit von fossilen Brennstoffen bei. Angesichts des steigenden Weltenergiebedarfs, der Konzentration der Öl- und Gasvorräte auf wenige Länder sowie der fortschreitenden Verknappung der Reserven ist damit zu rechnen, dass die Preise für Erdöl und Erdgas langfristig steigen und an Volatilität gewinnen. Vor diesem Hintergrund ist es das erklärte Ziel der Bundesregierung, die Abhängigkeit der Wirtschaft von der Nutzung fossiler Brennstoffe zu reduzieren.

Als Basisindikator für den Ausbau der Erneuerbaren Energien wird der prozentuale Anteil der Erneuerbaren Energien am deutschen Bruttoendenergieverbrauch berücksichtigt. Der Indikator wird als absolute Veränderung gegenüber dem Vorjahr ausgedrückt, wobei ein Anstieg als Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit zu interpretieren ist. Die benötigten Daten werden der Statistik des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie entnommen.

In der im Juni 2009 in Kraft getretenen EU-Richtlinie zur Förderung Erneuerbarer Energien wurde für Deutschland das verbindliche Ziel festgelegt, den Anteil der Erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch bis zum Jahr 2020 auf 18 % zu steigern. Bis zum Jahr 2050 soll gemäß Zielvorgabe des Energiekonzepts der Bundesregierung der Anteil auf 60 % erhöht werden.

U.3 Energienutzung

Energieproduktivität: Reales BIP bezogen auf den Primärenergieverbrauch (1990=100)

Der Steigerung der Energieeffizienz kommt eine zentrale energie- und klimapolitische Bedeutung in Deutschland zu. Hier liegen große Potenziale, um gleichzeitig die Energieversorgungssicherheit zu erhöhen, den Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasemissionen zu reduzieren sowie die internationale Wettbewerbsfähigkeit durch eine Senkung der Energiekosten zu verbessern. Das Prinzip lautet hier: Je weniger Energie verbraucht wird, desto unabhängiger ist eine Volkswirtschaft von internationalen Versorgungsknappheiten und Preisrisiken und desto geringer sind die negativen Umweltauswirkungen durch die Nutzung fossiler Energieträger. Energieeinsparungen lassen sich durch Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz sowohl auf der Energieangebotsseite (z. B. Wirkungsgradverbesserung bei Kraftwerken) als auch auf der Energieverbraucherseite (z. B. Energieeinsparung durch energetische Gebäudesanierung, Einsatz energieeffizienter Haushaltsgeräte) realisieren.

Als Basisindikator für den effizienten Umgang mit Energie in Deutschland wird die Energieproduktivität herangezogen. Sie wird ausgedrückt als das Verhältnis vom preisbereinigten

Bruttoinlandsprodukt zum Primärenergieverbrauch und gibt an, wie viel volkswirtschaftliche Gesamtleistung (BIP in Mio. Euro) mit einer Einheit Primärenergie (gemessen in Petajoule) „produziert“ wird. Der Indikator wird hier in prozentualen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr angegeben. Ein Anstieg des Basisindikators ist positiv im Sinn der Nachhaltigkeit zu bewerten. Daten zur Entwicklung der Energieproduktivität werden vom Statistischen Bundesamt und der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen zur Verfügung gestellt.

Gemäß deutscher Nachhaltigkeitsstrategie soll die Energieproduktivität bis 2020 gegenüber 1990 verdoppelt werden.

U.4 Rohstoffnutzung

Rohstoffproduktivität: Reales BIP bezogen auf die Inanspruchnahme nicht erneuerbaren Primärmaterials (1994=100)

Die Gewinnung und Nutzung von nicht erneuerbaren Rohstoffen ist mit gravierenden Umweltbelastungen verbunden, wie z. B. die Beeinträchtigung von Landschaften, Ökosystemen, Böden, Gewässern und der Luft. Gleichzeitig sind die materiellen Reserven endlich und können knapp werden, was die soziale und wirtschaftliche Entwicklung einer Volkswirtschaft negativ beeinflussen kann. Anhaltendes Wachstum der Weltbevölkerung und der weltweiten Güterproduktion erhöhen den Anpassungsdruck, mit natürlichen Ressourcen effizienter und sparsamer umzugehen.

Um die Entwicklung des Schlüsselthemas Rohstoffnutzung abzubilden, wird als Basisindikator die Rohstoffproduktivität betrachtet. Die Rohstoffproduktivität wird ausgedrückt als das Verhältnis vom preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt zur Inanspruchnahme von nicht erneuerbarem Primärmaterial und gibt an, wie viel wirtschaftliche Leistung (BIP in Euro) durch den Einsatz einer Einheit Primärmaterial (gemessen in Tonnen) „produziert“ wird. Dabei setzt sich die materialeitige Bezugszahl für die Rohstoffproduktivität zusammen aus den verwerteten abiotischen Rohstoffen, die im Inland entnommen wurden und der importierten Menge an abiotischen Rohstoffen, Halb- und Fertigwaren. Zu den abiotischen Rohstoffen zählen nicht erneuerbare Bodenschätze wie fossile Energieträger (z. B. Steinkohle, Braunkohle, Erdöl) und mineralische Rohstoffe (z. B. Erze, Sande, Steine, Salze). Der Indikator für die Rohstoffproduktivität wird in prozentualen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ausgedrückt. Ein Anstieg ist positiv im Sinn der Nachhaltigkeit zu werten. Die Daten zur Entwicklung der Rohstoffproduktivität werden vom Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellt.

Gemäß deutscher Nachhaltigkeitsstrategie soll die Rohstoffproduktivität bis 2020 gegenüber 1994 verdoppelt werden.

U.5 Flächennutzung

Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche

Böden haben vielfältige natürliche Funktionen. Sie sind Lebensgrundlage für Menschen, Tiere, Pflanzen und Bodenorganismen. Böden sind durch ihre Eigenschaften aber auch Abbau-, Ausgleichs- und Aufbaumedien für stoffliche Einwirkungen und schützen durch ihre Filtereigenschaften insbesondere das Grundwasser. Der stetige Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche hat vielfältige negative Auswirkungen auf die Umwelt. Wichtige Lebensräume für Flora und Fauna gehen verloren, die Zerschneidung und Verkleinerung von Lebensräumen führt zu einem Rückgang der Arten- und Biotopvielfalt, Grundwasser ist immer weniger gegen Stoffeinträge geschützt und seine Neubildung wird durch eine verringerte Niederschlagsversickerung erschwert. Eine nachhaltige Flächennutzung zielt sowohl auf eine Verringerung der zusätzlichen Flächeninanspruchnahme als auch auf eine Aufwertung von Flächen in ökologischer Hinsicht ab.

Der Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche pro Tag wird als Basisindikator für die Flächeninanspruchnahme herangezogen. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche setzt sich aus Gebäude- und Freifläche, Verkehrsfläche, Erholungsfläche, Betriebsfläche ohne Abbauland und Flächen für Friedhöfe zusammen. Bei der Indikatorenbildung wird die Differenz der Siedlungs- und Verkehrsfläche zum Vorjahr zu der Anzahl der Tage des jeweiligen Jahres (365 Tage) ins Verhältnis gesetzt. Der Indikator wird in der Maßeinheit ha / Tag angegeben. Vor dem Hintergrund methodischer Umstellungsarbeiten in den amtlichen Liegenschaftskatastern wird der Indikator zur besseren Vergleichbarkeit im Zeitablauf als gleitender Vierjahresdurchschnitt ausgewiesen. Ein Rückgang des Indikators ist positiv im Sinn der Nachhaltigkeit zu werten. Die verwendeten Daten entstammen der Berichterstattung des Statistischen Bundesamtes und des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung.

Gemäß deutscher Nachhaltigkeitsstrategie soll der Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche bis zum Jahr 2020 auf 30 ha / Tag reduziert werden.

U.6 Luftschadstoffemissionen

Emission ausgewählter klassischer Luftschadstoffe (1995=100)

Emissionen von Luftschadstoffen können zur Beeinträchtigung der menschlichen Gesundheit führen. Zudem belasten Luftverunreinigungen im starken Maß Ökosysteme und Artenvielfalt. Der Ausstoß von Luftschadstoffen wurde zwar in der Vergangenheit deutlich verringert, gemessen an der dauerhaften Belastbarkeit der Ökosysteme ist er gemäß den Analysen des Umweltbundesamtes aber immer noch zu hoch. Dies gilt insbesondere für versauernde und eutrophierende Luftverunreinigungen (vor allem Stickstoffoxide und Ammoniak) sowie für gesundheitsgefährdende Feinstaubemissionen.

Als Basisindikator für die Entwicklung der Luftschadstoffemissionen in Deutschland und damit der Luftqualität werden die Emissionen ausgewählter klassischer Luftschadstoffe betrachtet. Zu den ausgewählten Luftschadstoffen zählen: Schwefeldioxid (SO₂), Stickstoffdioxid (NO_x), Ammoniak (NH₃), flüchtige organische Verbindungen (NMVOC), Kohlenmonoxid (CO) und Feinstaub (PM 10). Diese Schadstoffe entstehen unter anderem bei der Verbrennung fossiler Energieträger. Weitere bedeutsame Quellen sind landwirtschaftliche Aktivitäten. Die sechs Luftschadstoffe werden jeweils als prozentuale Emissionsentwicklung gegenüber 1995 erfasst (1995=100). Aus dem Mittelwert dieser sechs relativen Emissionsentwicklungen wird anschließend ein durchschnittlicher Index (1995=100) berechnet, der die Basis für die Bewertung des Schlüsselthemas Luftschadstoffemissionen bildet. Der ermittelte Luftemissionsindex wird im Rahmen der Berichterstattung des KfW-Nachhaltigkeitsindikators in prozentualen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ausgedrückt, wobei ein Rückgang positiv im Sinn der Nachhaltigkeit zu werten ist. Die zur Berechnung des Index notwendigen Daten werden der Statistik des Umweltbundesamtes entnommen.

U.7 Lärm

Lärmbelästigung durch Straßenverkehr: Anteil der Befragten, die angeben, durch Lärm im Straßenverkehr belästigt zu werden

Umgebungslärm gehört mittlerweile zu den größten Umweltproblemen in Deutschland. Zu laute Geräusche können auf die Umwelt störend oder belastend wirken und nicht nur den Gehörsinn, sondern auch den Gesamtorganismus von Menschen und Tieren beeinflussen. Dominierende Lärmquelle ist dabei der Straßenverkehr, gefolgt von Nachbarschaftslärm und Fluglärm, wobei besonders Menschen in dicht besiedelten Gebieten betroffen sind.

Mit der Umgebungslärmrichtlinie der EU trat 2002 ein Instrument für eine europaweit einheitliche Lärmbekämpfung in Kraft, das die Lärminderungsplanung in Deutschland neu gestaltet hat. Im ersten Schritt werden Lärmkartierungen vorgenommen, die die Lärmbelastung erfassen. Die Erfassungsgebiete werden dafür zwar immer weiter ausgeweitet, bisher kann die damit erfasste Lärmbelastung jedoch nur punktuell in Deutschland nachgewiesen werden. Im zweiten Schritt werden auf dieser Basis Lärmaktionspläne von Städten und Regionen aufgestellt, um konkrete Maßnahmen zur Lärmreduzierung festzulegen. Dabei ist ein aktiver Lärmschutz (Vermeidung von Geräuschen, z. B. durch leisere Fahrzeuge) dem passiven Lärmschutz (Abschirmung und Umlenkung von lauten Geräuschen, z. B. Schallschutzanlagen) vorzuziehen.

Laute und verschiedene Geräusche werden sehr unterschiedlich wahrgenommen und wirken dementsprechend unterschiedlich belastend. Als Indikator für eine Lärmbelastung als subjektive Wahrnehmung stellen repräsentative Befragungen eine geeignete Methode dar. Als Basisindikator wird daher der Anteil der Bevölkerung herangezogen, der in einer Befragung des

Umweltbundesamtes (UBA) angibt, vom Straßenlärm belästigt zu werden. Das UBA führt zusammen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit seit Mitte der 90er-Jahre alle zwei Jahre eine repräsentative Bevölkerungsumfrage zum „Umweltbewusstsein in Deutschland“ durch, in dem die Lärmbelästigung abgefragt wird. Als Indikator wird der ausgewiesene prozentuale Anteil als Niveaugröße gewählt. Vor dem Hintergrund, dass die UBA-Befragung nur alle zwei Jahre erfolgt, werden im Rahmen der Berechnung des KfW-Nachhaltigkeitsindikators die Werte für die fehlenden Jahre durch lineare Interpolation der Angaben für die Nachbarjahre ergänzt. Ein Rückgang des Anteils der Bevölkerung, der sich durch Straßenlärm belästigt fühlt, ist positiv im Sinn der Nachhaltigkeit zu werten.

U.8 Artenvielfalt

Index der Artenvielfalt und Landschaftsqualität (2015=100)

Artenvielfalt an Pflanzen und Tieren ist eine Grundvoraussetzung für einen leistungsfähigen Naturhaushalt und damit eine wichtige Lebensgrundlage des Menschen. Biodiversität lässt sich nur erhalten und verbessern durch nachhaltige Formen der Landnutzung, die Begrenzung von Schadstoffbelastungen und den schonenden Umgang mit der Natur.

Um den Zustand von Natur und Landschaft und dessen Veränderung in Deutschland widerzuspiegeln, wird der vom Bundesamt für Naturschutz entwickelte Indikator „Artenvielfalt und Landschaftsqualität“ herangezogen. Er beruht auf der Bestandsentwicklung von insgesamt 51 ausgewählten Vogelarten, die die wichtigsten Landschafts- und Lebensraumtypen sowie Landnutzungen in Deutschland repräsentieren (Agrarland, Wälder, Siedlungen, Binnengewässer sowie Küsten und Meere). Die Größe der Bestände spiegelt direkt die Eignung der Landschaft als Lebensraum für die ausgewählten Vogelarten wider. Da neben Vögeln auch viele andere Arten an eine reichhaltige gegliederte Landschaft mit intakten nachhaltig genutzten Lebensräumen gebunden sind, bildet der Indikator indirekt auch die Artenvielfalt und die Nachhaltigkeit der Landnutzung ab. Ein Expertengremium hat für jede einzelne Vogelart Bestandszielwerte für das Jahr 2015 festgelegt, die erreicht werden könnten, wenn europäische und nationale rechtliche Regelungen mit Bezug zum Naturschutz und die Leitlinien einer nachhaltigen Entwicklung zügig umgesetzt werden. Aus dem Grad der Zielerreichung bei allen 51 Vogelarten wird jährlich ein Wert für den Gesamtindikator berechnet (2015=100). Ein Anstieg des Index ist als Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit zu interpretieren.

Gemäß Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung wird bis 2015 ein Zielerreichungsgrad von 100 % angestrebt.

4.3 Nachhaltigkeitsdimension Gesellschaftlicher Zusammenhalt

4.3.1. Überblick

Bildung ist der Schlüssel für verschiedene Teilaspekte der Nachhaltigkeitsdimension Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Gute Bildung schafft die Voraussetzungen für wirtschaftliche Teilhabe, sie reduziert das Arbeitslosigkeitsrisiko und führt im Mittel zu einem höheren Einkommen. Somit erhöht gute Bildung die Chancen, den eigenen Lebensunterhalt ohne staatliche Unterstützung zu bestreiten und eigene materielle Bedürfnisse zu befriedigen. Ein wesentlicher Aspekt der Nachhaltigkeitsdimension Gesellschaftlicher Zusammenhalt besteht darin, verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen die gleichen Chancen zur wirtschaftlichen Teilhabe zu ermöglichen. Gleichberechtigung der Geschlechter und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund sind wichtige Teilaspekte, und gute Bildung ist der Schlüssel dazu. Höhere Bildung führt überdies im Mittel zu einem besseren Gesundheitszustand, reduziert kriminelles Verhalten, und ist eine wichtige Voraussetzung für politische Partizipation. Ein weiterer zentraler Aspekt dieser Nachhaltigkeitsdimension ist die Bekämpfung der Armut und die wirtschaftliche Entwicklung armer Länder (Internationale Verantwortung).

4.3.2. Schlüsselthemen und Basisindikatoren im Detail

G.1 Bildung

Niedrigqualifiziertenquote: Prozentanteil 25- bis unter 30-Jähriger ohne berufsqualifizierenden Abschluss an gleichaltriger Bevölkerung

Bildung ist nicht nur eine entscheidende Voraussetzung für die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung eines Landes, sondern auch Grundvoraussetzung für den Zusammenhalt einer demokratischen Gesellschaft. Bildung bringt sowohl dem Einzelnen als auch der Gesellschaft monetären Nutzen, denn ökonomisch betrachtet ist Bildung eine Investition in an Menschen gebundenes Kapital (sog. „Humankapital“). Wer in der Gegenwart mehr in Bildung investiert, wird im Allgemeinen in Zukunft ein höheres Erwerbseinkommen erzielen und mit geringerer Wahrscheinlichkeit arbeitslos werden. Erträge von Bildungsinvestitionen fallen überwiegend erst mit erheblicher zeitlicher Verzögerung an. Gesamtwirtschaftlich betrachtet erhöhen Bildungsinvestitionen die Produktivität und bestimmen, wie viel Wohlstand in einem Land erwirtschaftet werden kann. Dies gilt in besonderem Maß für Deutschland als wissensbasierte und rohstoffarme Volkswirtschaft. Die Verteilung von Bildung hat einen entscheidenden Einfluss auf die Einkommensverteilung der Gesellschaft. Einkommensunterschiede zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen – etwa Ausländern und Deutschen oder Frauen und Männern – sind zumindest teilweise auf Unterschiede in Bildungsabschlüssen zurückzuführen. Bildung ist somit der Schlüssel zu Integration und Gleichberechtigung. Die positiven Effekte von Bildung sind jedoch nicht auf monetäre Bereiche beschränkt. Bessere

Bildung erhöht auch die politische Partizipation, verringert Kriminalität und führt zu besserer Gesundheit.

Als Basisindikator für Bildung wird hier die Niedrigqualifiziertenquote herangezogen. Diese wird definiert als Anteil der 25- bis unter 30-jährigen Bevölkerung, der nicht zumindest über einen beruflichen Bildungsabschluss verfügt. Diese Altersgruppe hat im Regelfall – selbst wenn Abschlüsse auf dem zweiten oder dritten Bildungsweg erworben wurden – ihre berufliche Erstausbildung bzw. das Hochschulstudium beendet. Die zugrunde liegenden Daten werden vom Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellt. Der Indikator wird als Veränderung in Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr ausgedrückt. Eine Abnahme der Niedrigqualifiziertenquote ist positiv im Sinn der Nachhaltigkeit zu werten.

G.2 Wirtschaftliche Teilhabe

Langzeitarbeitslosenquote: Prozentanteil der Personen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, an allen zivilen Erwerbspersonen

Die Vermeidung von Armut und Ausgrenzung ist eines der wesentlichen Ziele des modernen Sozialstaates. Der beste Schutz gegen Armut ist es, aus eigener Kraft Einkommen erwirtschaften zu können. Zudem erfüllt ein geregeltes Erwerbsverhältnis in aller Regel eine wichtige sozialintegrative Funktion. Arbeitsmarktindikatoren enthalten somit wichtige Informationen über wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten. Unter dem Blickwinkel des gesellschaftlichen Zusammenhalts erscheint es sinnvoll, die Gruppe der Langzeitarbeitslosen – Personen, die länger als 12 Monate arbeitslos sind – in den Fokus zu nehmen. Denn „Langzeitarbeitslosigkeit ist eine der gravierendsten Ursachen für Armutsrisiken in Deutschland und eine große Herausforderung“, wie etwa der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung feststellt.⁸

Langzeitarbeitslosigkeit birgt für die Betroffenen die Gefahr, den sozialen Anschluss zu verlieren und kann psychische Probleme nach sich ziehen. Zudem besteht die Gefahr der Veralterung und Entwertung von bestehendem Humankapital sowie negativer Stigmatisierung, die den Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt erschweren können.

Als Basisindikator für das Schlüsselthema Wirtschaftliche Teilhabe wird hier die jährliche Langzeitarbeitslosenquote (Langzeitarbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen) gewählt. Datenquelle ist die Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit.⁹ Eine Verringerung der Langzeitarbeitslosenquote ist als Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit zu

⁸ Lebenslagen in Deutschland – Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin (2013) S. 369

⁹ Bundesagentur für Arbeit (2015). Arbeitsmarkt in Zahlen, Monats- / Jahreszahlen, Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf, Juni 2015.

werten. Für den Indikator „Langzeitarbeitslosenquote“ liegen keine quantitativen Politikziele vor.

G.3 Politische Teilhabe

Interesse für Politik: Auf einer Skala von 1 („überhaupt kein Interesse“) bis 4 („sehr starkes Interesse“) bekundetes Interesse der repräsentativ Befragten für Politik

Die aktive Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an den das Gemeinwesen betreffenden politischen Prozessen gehört zu den wichtigsten Stützpfählern einer Demokratie. Diese wiederum ist die Grundlage für eine nachhaltige ökologische und ökonomische Entwicklung und für die soziale Marktwirtschaft.

Als Indikator für politische Teilhabe wird hier ein subjektiver Indikator herangezogen, das von den jährlich Befragten des sozio-ökonomischen Panels (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) geäußerte Interesse für Politik. Er wird als Niveaugröße (gewichteter Mittelwert über alle Befragten) ausgewiesen. Andere mögliche Indikatoren, wie etwa Wahlbeteiligung oder Teilnahmen an Demonstrationen, Unterschriftenaktionen o. ä. können ergänzende Informationen liefern. Da diese Indikatoren jedoch nicht jährlich verfügbar sind, werden hier keine weiteren Teilindikatoren zur Messung der politischen Teilhabe herangezogen. Für den Indikator „Politische Teilhabe“ liegen keine quantitativen Politikziele vor.

G.4 Gesundheit

Häufigkeit von im Krankenhaus behandelten Krebs- und Herz-Kreislaufkrankungen sowie psychischen und Verhaltensstörungen: relative Vorjahresveränderung

Die menschliche Gesundheit äußert sich in vielen Facetten. Eine Steigerung der Lebenserwartung, eine Erhöhung der Anzahl der gesunden Lebensjahre, die ein Mensch während seines Lebens erwarten kann, oder eine hohe subjektive Lebensqualität sind mögliche Indikatoren für Gesundheit.

Als Indikator für das Schlüsselthema „Gesundheit“ wird hier ein objektiver Indikator verwendet: die jährliche Veränderung bestimmter Krankheitsfälle pro Einwohner (in Prozent). Herangezogen werden alle im Krankenhaus behandelten Krebs- und Herz-Kreislaufkrankungen sowie psychische und Verhaltensstörungen. Zu beachten ist, dass der Indikator grundsätzlich nur im Krankenhaus behandelte Krankheiten erfasst und nicht die Zahl erkrankter Personen, sondern die Zahl der Krankenhausaufenthalte. Als Datenquelle dienen die Diagnosedaten der Krankenhäuser, die das Statistische Bundesamt jährlich in der Krankenhausstatistik veröffentlicht. Ein Rückgang der Krankheitsfälle ist positiv im Sinn der Nachhaltigkeit zu werten. Für diesen Indikator liegen keine quantitativen Politikziele vor.

G.5 Sicherheit

Häufigkeit von Gewaltverbrechen und Wohnungseinbruchdiebstählen pro 100.000 Einwohner: relative Vorjahresveränderung

Die Wahrung der persönlichen Sicherheit bzw. der körperlichen Unversehrtheit und der Schutz des Eigentums sind wichtige Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die Bekämpfung von Kriminalität ist für das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung von erheblicher Bedeutung. Dabei ist nicht nur die tatsächliche Anzahl der Verbrechen relevant. Straftaten, die eine relativ hohe mediale Aufmerksamkeit erhalten wie etwa Gewaltverbrechen oder Wohnungseinbrüche dürften das Sicherheitsempfinden stärker beeinträchtigen. Daher gehen in die Berechnung des Basisindikators Sicherheit Gewaltverbrechen (z. B. Mord, Totschlag, Körperverletzung, Raub oder Vergewaltigung) und Wohnungseinbrüche ein.

Die Daten stammen aus der jährlich vom Bundesministerium des Innern veröffentlichten Polizeilichen Kriminalstatistik. Zu beachten ist, dass es sich dabei nur um die angezeigten Fälle handelt. Hier besteht also eine Dunkelziffer von nicht zur Anzeige gebrachten Fällen.

Der Basisindikator „Sicherheit“ wird berechnet als prozentuale Veränderung gegenüber dem Vorjahr der Summe der Fallzahlen der Gewaltverbrechen und der Wohnungseinbrüche pro 100.000 Einwohner. Ein Rückgang dieses Indikators ist positiv im Sinn der Nachhaltigkeit zu interpretieren. Für diesen Indikator liegen keine quantitativen Politikziele vor.

G.6 Gleichberechtigung

Prozentualer Rückstand des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes von Frauen gegenüber Männern

Die Gleichberechtigung von Mann und Frau – und ihre Durchsetzung – haben Verfassungsrang. Somit sollte das Geschlecht bei gleicher Tätigkeit, Qualifikation und Berufserfahrung weder Auswirkungen auf die Entlohnung noch auf den Zugang zu Führungspositionen in Wirtschaft und Gesellschaft haben.

Ein Ziel der Gleichberechtigung sollte es daher sein, strukturelle Unterschiede im Erwerbsverhalten zu nivellieren, z. B. durch eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Bei einer erfolgreichen Politik könnten sich somit die Bruttostundenverdienste von Frauen und Männern weiter annähern, wie dies auch in den vergangenen Jahrzehnten bereits der Fall war. Im Jahr 1970 betrug der Verdienstrückstand von Frauen beispielsweise noch fast

ein Drittel und 1950 sogar gut 40 % des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes der Männer.¹⁰

Als Indikator für die Gleichberechtigung wird hier der Verdienstrückstand von Frauen (sog. *Gender Pay Gap*) gewählt, d. h. der prozentuale Unterschied zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten von Frauen und Männern. In der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung wurde im Jahr 2002 das Ziel festgelegt, den Verdienstrückstand von Frauen bis 2020 von 22 auf 10 % zu reduzieren. Eine Verringerung der Lohnunterschiede wäre positiv im Sinn der Nachhaltigkeit zu werten.

G.7 Integration

Arbeitslosenquote von Ausländern abzüglich der Arbeitslosenquote insgesamt (abhängige zivile Erwerbspersonen)

Die Integration von Personen unterschiedlicher Herkunft ist zentral für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das Ziel einer nachhaltigen Einwanderungs- und Integrationspolitik muss es daher sein, Menschen mit Migrationshintergrund alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Teilhabemöglichkeiten zu eröffnen, die auch Personen ohne Migrationshintergrund offen stehen. Der zentrale Aspekt ist die Arbeitsmarktintegration, die Armutsrisiken verringert und letztlich Voraussetzung für gesellschaftliche Integration ist. Politikfortschritte oder Versäumnisse an anderer Stelle, insbesondere im Bildungsbereich, haben unmittelbare Konsequenzen für die Arbeitsmarktchancen.

Als Indikator für den Integrationserfolg werden hier Unterschiede in der Arbeitslosigkeit zwischen Ausländern und der Gesamtbevölkerung betrachtet (jeweils in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen). Der Migrationshintergrund wird hier – in einer unvollkommenen Näherung – an der Staatsbürgerschaft festgemacht, da die Bundesagentur für Arbeit (BA) Zeitreihen der Arbeitslosenquote nach diesem Merkmal abgrenzt. Ein Rückgang dieses Basisindikator für das Schlüsselthema Integration ist als Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit zu werten. Für diesen Indikator liegen keine quantitativen Politikziele vor.

G.8 Internationale Verantwortung

ODA-Quote: Öffentliche Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit bezogen auf das Bruttonationaleinkommen

Die internationale Diskussion zu nachhaltiger Entwicklung beinhaltet neben den ökologischen Zielen von Beginn an auch sozioökonomische Ziele wie die Bekämpfung der Armut und die wirtschaftliche Entwicklung armer Länder. Seit der Rio-Konferenz über Umwelt und

¹⁰ Datenquelle: Statistisches Bundesamt. Die Angaben für 1950 und 1970 beziehen sich aus Gründen der Datenverfügbarkeit nur auf Arbeiterinnen und Arbeiter im westdeutschen Produzierenden Gewerbe und sind deshalb mit dem hier verwendeten Basisindikator nur eingeschränkt vergleichbar.

Entwicklung (1992) und insbesondere seit dem Millenniumsgipfel (2000) sind entwicklungspolitische Ziele noch stärker in den Mittelpunkt gerückt. Die bisher gültigen Millennium Development Goals (MDGs) sollen 2016 durch die Sustainable Development Goals (SDGs) abgelöst werden. Die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederzubeleben und Ressourcen zur Umsetzung von SDGs bereitzustellen wird hierin explizit als Ziel benannt. Zur Bewertung der Entwicklung im Schlüsselthema Internationale Verantwortung wird als Basisindikator die ODA (Official Development Assistance)-Quote für Deutschland herangezogen.

Die so genannte ODA-Quote ist derzeit noch der international anerkannte Indikator für öffentliche Mittel der Entwicklungszusammenarbeit. Die nationalen Ausgaben für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) werden dabei nach einem Konzept des Entwicklungshilfesausschusses (DAC) der OECD berechnet und zur internationalen Vergleichbarkeit in Relation zum jeweiligen Bruttonationaleinkommen ausgewiesen. Zu den Ausgaben für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit werden Leistungen gezählt, die:

- ein Zuschusselement von mindestens 25 % beinhalten,
- von öffentlichen Stellen vergeben werden,
- der Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung von Entwicklungsländern dienen,
- in Entwicklungsländer bzw. an Staatsangehörige von Entwicklungsländern oder an internationale Organisationen zu Gunsten von Entwicklungsländern vergeben werden.

Leistungen werden als Transfers von Mitteln (Geld, Waren, Dienstleistungen) in Entwicklungsländer definiert. Anrechenbar sind zudem z. B. Verwaltungskosten des Geberlandes, Studienplatzkosten von Studierenden des Empfängerlandes im Geberland und Kosten für Flüchtlinge im ersten Jahr ihres Aufenthaltes. Auch Schuldenerlasse können als ODA klassifiziert werden. Die ODA-Quote für Deutschland wird jährlich vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung veröffentlicht.

Ende 2014 haben sich die DAC-Mitgliedsländer auf eine Reform des ODA-Konzeptes verständigt, die ab 2018 gelten soll. Kernelement der ODA-Reform ist die veränderte Anrechnung von Darlehen in der Statistik. Ab 2018 werden also ODA-Angaben nicht mehr mit früheren Werten vergleichbar sein. Aktuell kann noch unverändert das bisherige ODA-Konzept zugrunde gelegt werden.

Bereits 1970 haben die Vereinten Nationen das Ziel formuliert, mit den Ausgaben für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit langfristig einen Anteil von 0,7 % am Bruttonationaleinkommen zu erreichen. 2005 beschloss der Europäische Rat einen Stufenplan zur

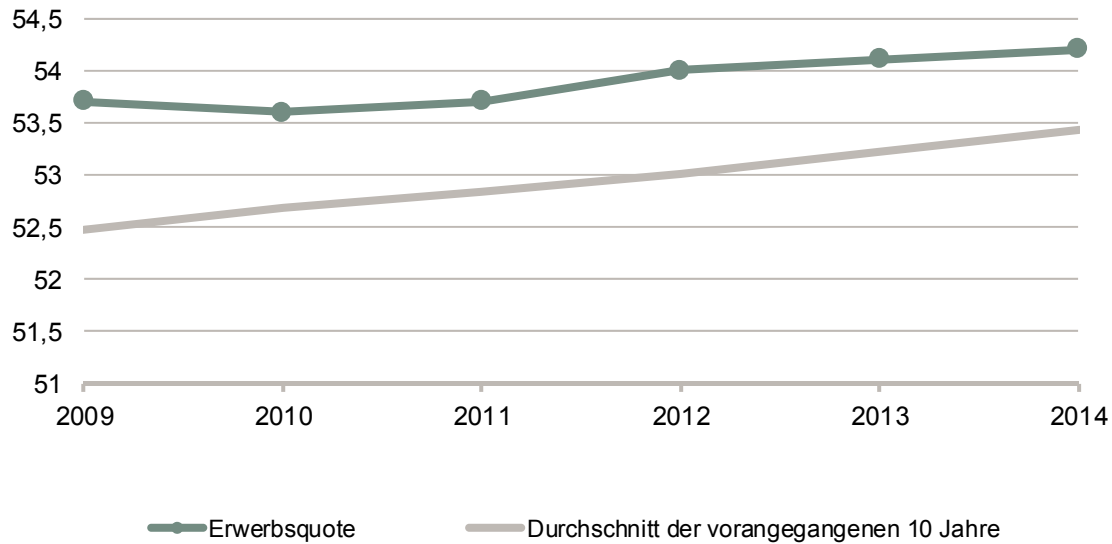
Umsetzung dieses Ziels, dem sich auch Deutschland verpflichtet hat, nach dem die ODA-Quote bis 2010 auf 0,51 % (Ist-Wert Deutschlands 0,39 %) und bis 2015 auf 0,7 % erhöht werden soll.

Bei diesem Basisindikator der Internationalen Verantwortung sind Zuwächse als Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit einzustufen.

4.4 Zusammenfassende Übersichten

Basisindikatoren im Detail: Wirtschaft

Erwerbsquote



Prozent der Bevölkerung	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Erwerbsquote	53,7	53,6	53,7	54,0	54,1	54,2
Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre	52,5	52,7	52,8	53,0	53,2	53,4
Nachhaltigkeitslücke	1,2	0,9	0,9	1,0	0,9	0,8
Scores	2	1	1	1	1	1

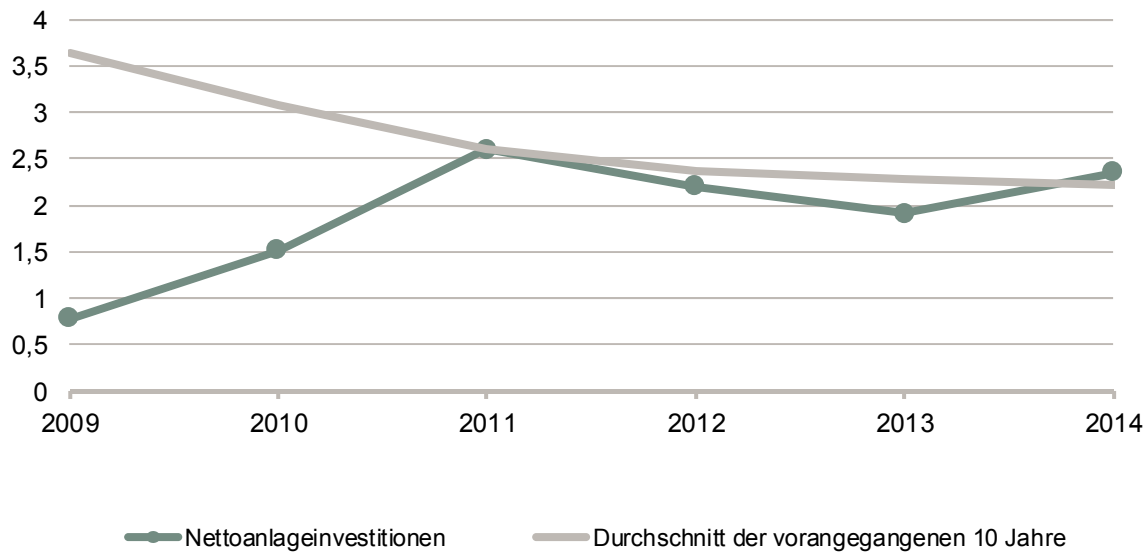
Quelle: KfW

Angaben zum Indikator

Laufende Registernummer	W.1
Gruppe	Wirtschaft
Schlüsselthema	Erwerbsbeteiligung
Definition	Zahl der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) bezogen auf die Zahl der Einwohner
Transformation	keine (Niveaugröße)
Einheit	Prozent der Bevölkerung
Benchmark	Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre
Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit	Anstieg
Jahr der aktuellen Beobachtung	2014
Primärdatenquelle	Statistisches Bundesamt
Anmerkungen / Besonderheiten	Bevölkerungszahlen gemäß VGR

Quelle: KfW

Nettoanlageinvestitionen



Prozent des BIP	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Nettoanlageinvestitionen	0,8	1,5	2,6	2,2	1,9	2,4
Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre	3,6	3,1	2,6	2,4	2,3	2,2
Nachhaltigkeitslücke	-2,8	-1,6	0,0	-0,2	-0,4	0,1
Scores	-2	-1	0	0	0	0

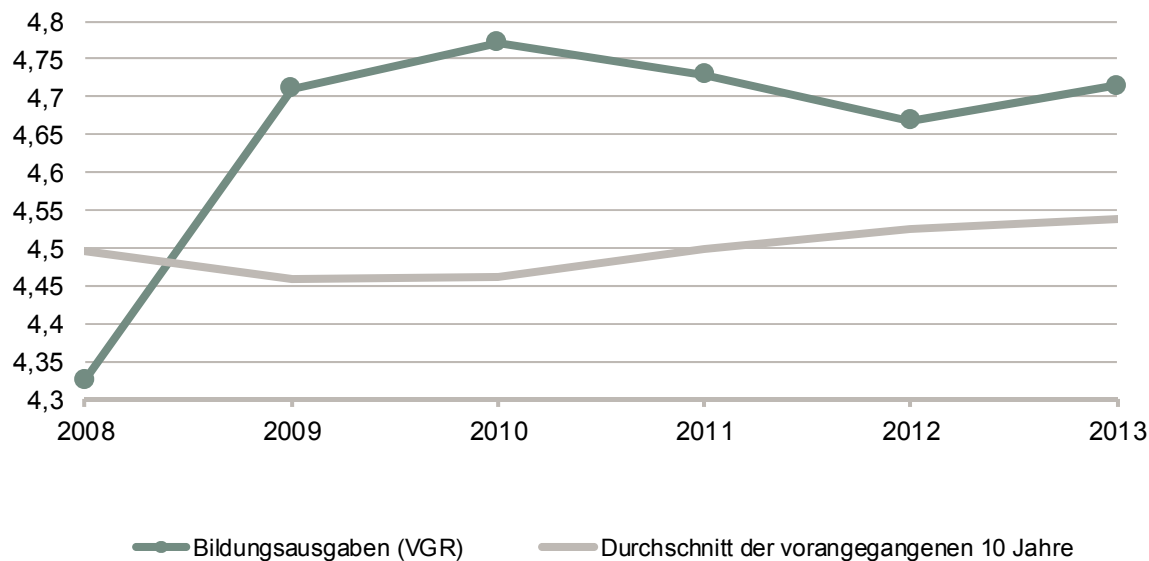
Quelle: KfW

Angaben zum Indikator

Laufende Registernummer	W.2
Gruppe	Wirtschaft
Schlüsselthema	Sachkapitalbildung
Definition	Nettoanlageinvestitionen bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt
Transformation	keine (Niveaugröße)
Einheit	Prozent des BIP
Benchmark	Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre
Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit	Anstieg
Jahr der aktuellen Beobachtung	2014
Primärdatenquelle	Statistisches Bundesamt
Anmerkungen / Besonderheiten	keine

Quelle: KfW

Bildungsausgaben (VGR)



Prozent des BIP	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Bildungsausgaben (VGR)	4,32	4,71	4,77	4,73	4,67	4,71
Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre	4,50	4,46	4,46	4,50	4,52	4,54
Nachhaltigkeitslücke	-0,17	0,25	0,31	0,23	0,15	0,18
Scores	-2	2	2	2	1	1

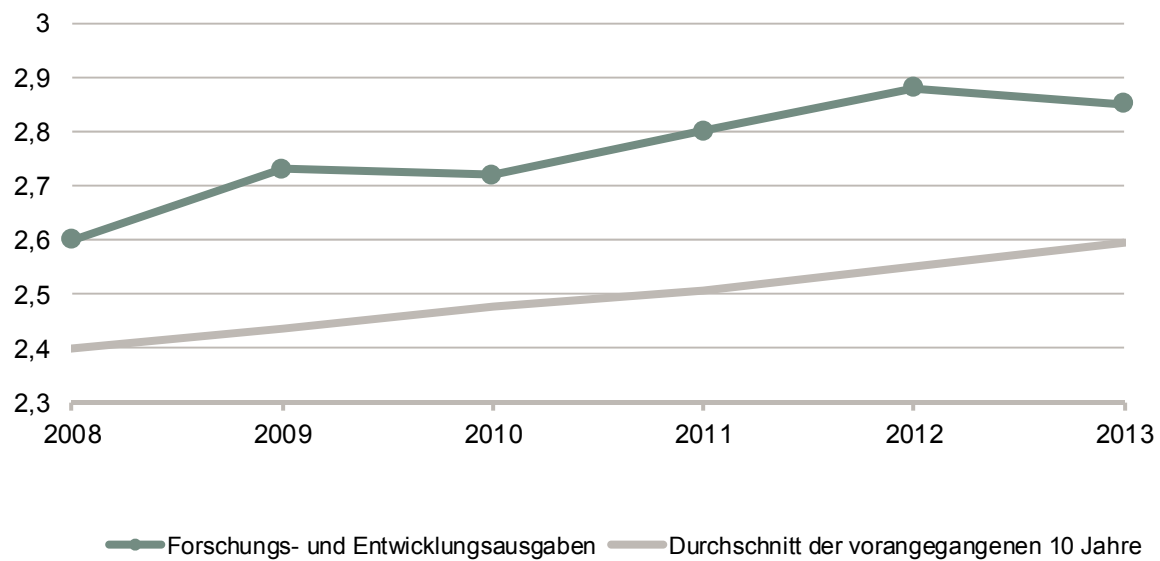
Quelle: KfW

Angaben zum Indikator

Laufende Registernummer	W.3
Gruppe	Wirtschaft
Schlüsselthema	Humankapitalbildung
Definition	Private und staatliche Bildungsausgaben nach VGR bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt
Transformation	keine (Niveaugröße)
Einheit	Prozent des BIP
Benchmark	Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre
Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit	Anstieg
Jahr der aktuellen Beobachtung	2013
Primärdatenquelle	Statistisches Bundesamt
Anmerkungen / Besonderheiten	Daten liegen erst seit 1991 vor

Quelle: KfW

Forschungs- und Entwicklungsausgaben



Prozent des BIP	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Forschungs- und Entwicklungsausgaben	2,60	2,73	2,72	2,80	2,88	2,85
Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre	2,40	2,44	2,48	2,51	2,55	2,60
Nachhaltigkeitslücke	0,20	0,29	0,24	0,29	0,33	0,26
Scores	2	2	2	2	2	2

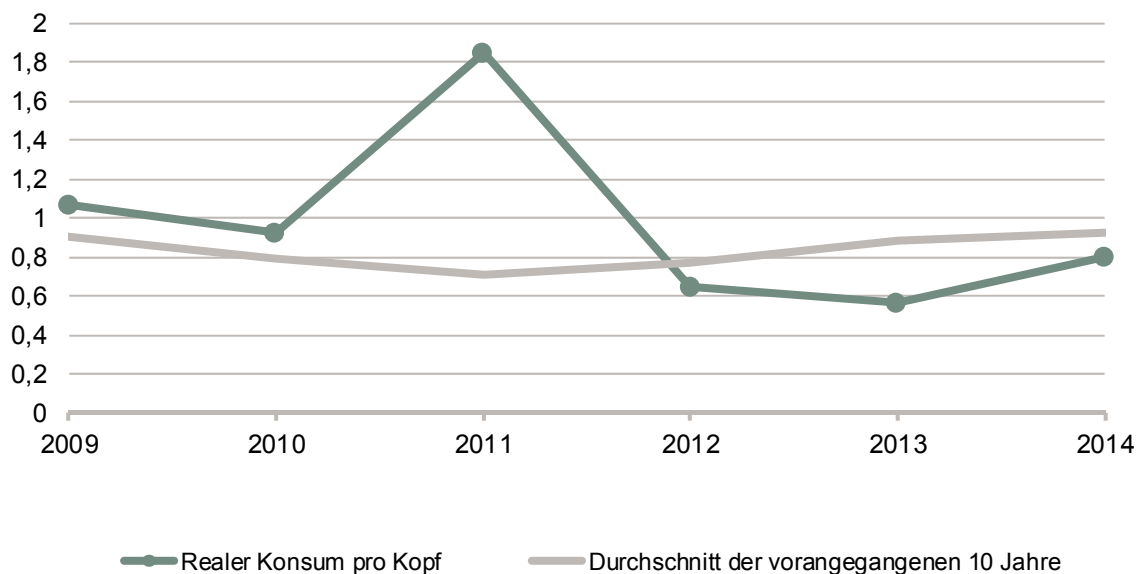
Quelle: KfW

Angaben zum Indikator

Laufende Registernummer	W.4
Gruppe	Wirtschaft
Schlüsselthema	Innovationen
Definition	Ausgaben für Forschung und Entwicklung bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt
Transformation	keine (Niveaugröße)
Einheit	Prozent des BIP
Benchmark	Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre
Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit	Anstieg
Jahr der aktuellen Beobachtung	2013
Primärdatenquelle	OECD
Anmerkungen / Besonderheiten	Primärdaten liegen erst seit 1991 vor

Quelle: KfW

Realer Konsum pro Kopf



Prozent ggü. Vorjahr	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Realer Konsum pro Kopf	1,1	0,9	1,8	0,6	0,6	0,8
Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre	0,9	0,8	0,7	0,8	0,9	0,9
Nachhaltigkeitslücke	0,2	0,1	1,1	-0,1	-0,3	-0,1
Scores	0	0	2	0	-1	-1

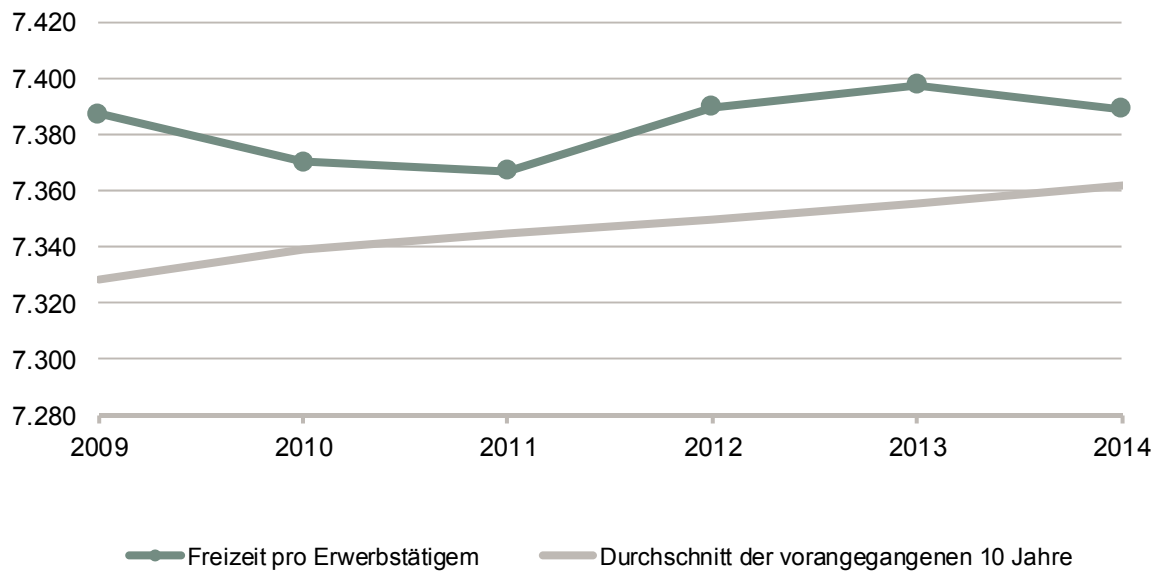
Quelle: KfW

Angaben zum Indikator

Laufende Registernummer	W.5
Gruppe	Wirtschaft
Schlüsselthema	Materieller Wohlstand
Definition	Realer Konsum (privat und staatlich) bezogen auf die Zahl der Einwohner
Transformation	Relative Vorjahresveränderung
Einheit	Prozent gegenüber Vorjahr
Benchmark	Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre
Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit	Anstieg
Jahr der aktuellen Beobachtung	2014
Primärdatenquelle	Statistisches Bundesamt
Anmerkungen / Besonderheiten	Bevölkerungszahlen gemäß VGR

Quelle: KfW

Freizeit pro Erwerbstätigem



Stunden pro Jahr	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Freizeit pro Erwerbstätigem	7.387,3	7.370,1	7.366,9	7.389,6	7.397,5	7.388,9
Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre	7.328,2	7.338,8	7.344,7	7.349,5	7.355,6	7.361,8
Nachhaltigkeitslücke	59,1	31,3	22,2	40,0	41,9	27,1
Scores	2	1	1	1	1	1

Quelle: KfW

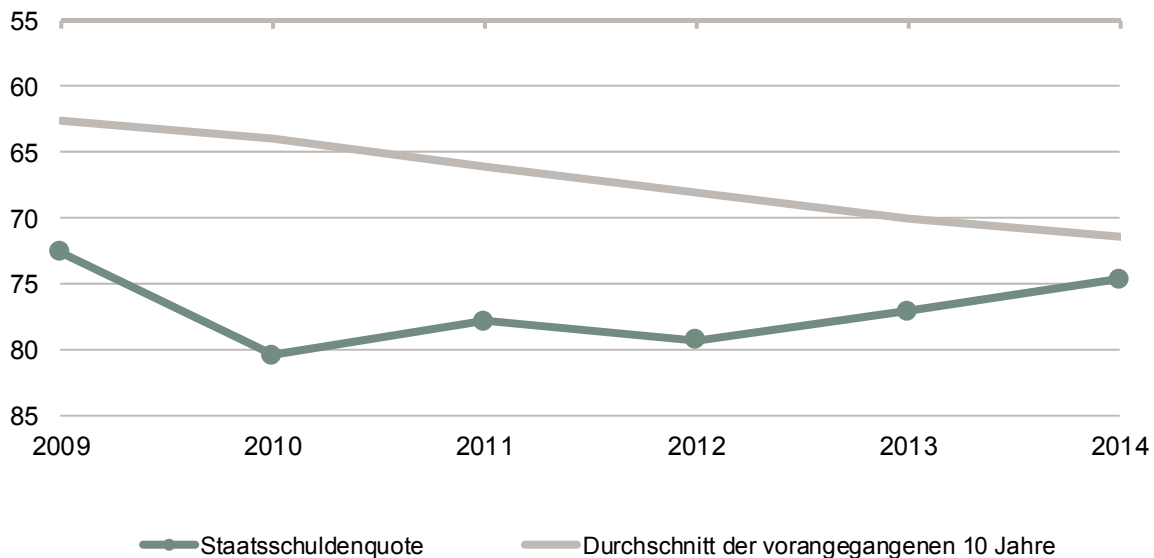
Angaben zum Indikator

Laufende Registernummer	W.6
Gruppe	Wirtschaft
Schlüsselthema	Freizeit
Definition	Jahresstundenzahl abzüglich der jährlich geleisteten Arbeitsstunden pro Erwerbstätigem, bereinigt um Schaltjahreseffekt
Transformation	keine (Niveaugröße)
Einheit	Stunden pro Jahr
Benchmark	Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre
Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit	Anstieg
Jahr der aktuellen Beobachtung	2014
Primärdatenquelle	Statistisches Bundesamt
Anmerkungen / Besonderheiten	keine

Quelle: KfW

Staatsschuldenquote

Grafische Skala invertiert, da Rückgang eine Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit bedeutet



Prozent des BIP	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Staatsschuldenquote	72,6	80,5	77,9	79,3	77,1	74,7
Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre	62,7	63,9	66,1	68,1	70,1	71,5
Nachhaltigkeitslücke	-9,9	-16,6	-11,8	-11,2	-7,0	-3,2
Scores	-2	-2	-2	-2	-1	-1

Quelle: KfW

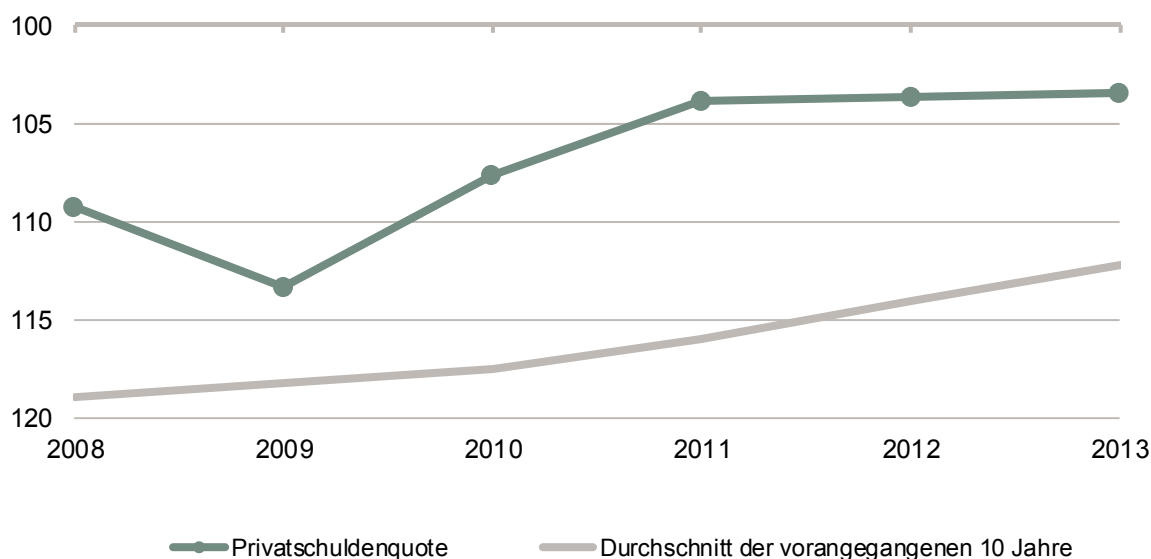
Angaben zum Indikator

Laufende Registernummer	W.7
Gruppe	Wirtschaft
Schlüsselthema	Staatsverschuldung
Definition	Bruttostaatsschuld gemäß "Maastricht" bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt
Transformation	keine (Niveaugröße)
Einheit	Prozent des BIP
Benchmark	Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre
Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit	Rückgang
Jahr der aktuellen Beobachtung	2014
Primärdatenquelle	Deutsche Bundesbank
Anmerkungen / Besonderheiten	Daten vor 1990 gemäß VGR

Quelle: KfW

Privatschuldenquote

Grafische Skala invertiert, da Rückgang eine Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit bedeutet



Prozent des BIP	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Privatschuldenquote	109,3	113,4	107,7	103,9	103,7	103,5
Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre	119,0	118,2	117,5	116,0	114,1	112,2
Nachhaltigkeitslücke	9,7	4,8	9,8	12,1	10,4	8,7
Scores	2	1	2	2	2	2

Quelle: KfW

Angaben zum Indikator

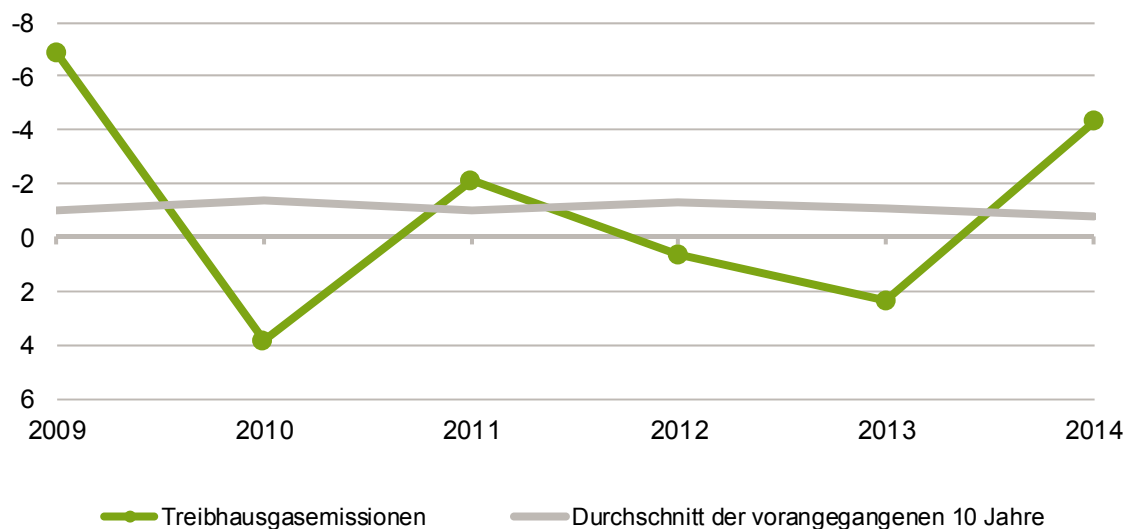
Laufende Registernummer	W.8
Gruppe	Wirtschaft
Schlüsselthema	Privatverschuldung
Definition	Konsolidierte Bruttoschuld der Privaten Haushalte (einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) und Nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt
Transformation	keine (Niveaugröße)
Einheit	Prozent des BIP
Benchmark	Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre
Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit	Rückgang
Jahr der aktuellen Beobachtung	2013
Primärdatenquelle	Eurostat
Anmerkungen / Besonderheiten	Daten liegen erst seit 1995 vor

Quelle: KfW

Basisindikatoren im Detail: Umwelt

Treibhausgasemissionen

Grafische Skala invertiert, da Rückgang eine Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit bedeutet



Prozent ggü. Vorjahr	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Treibhausgasemissionen	-6,9	3,8	-2,1	0,6	2,4	-4,3
Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre	-1,0	-1,4	-1,0	-1,3	-1,1	-0,8
Nachhaltigkeitslücke	5,9	-5,2	1,1	-2,0	-3,4	3,5
Scores	2	-2	1	-1	-2	2

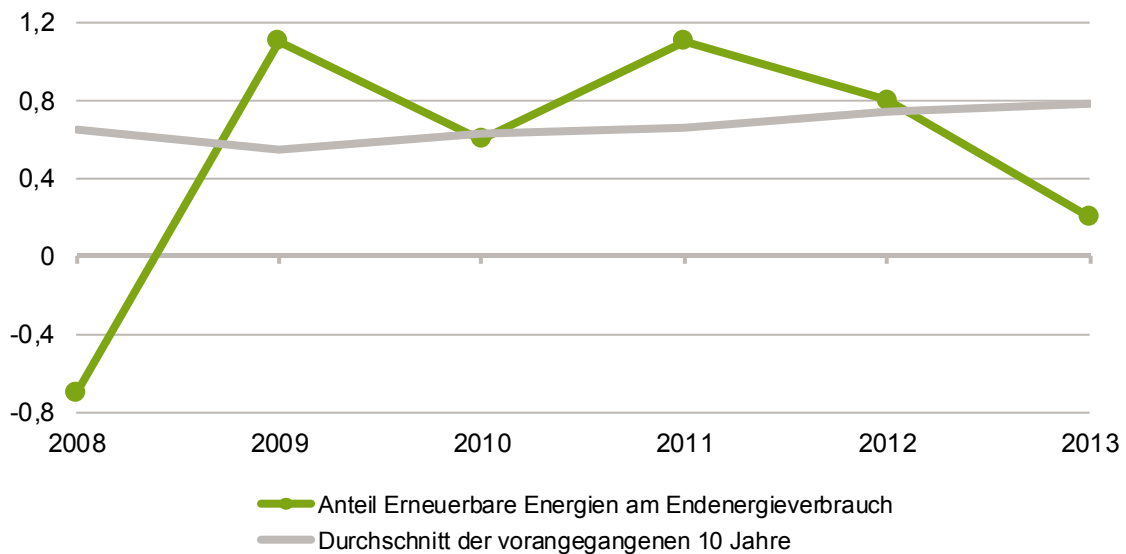
Quelle: KfW

Angaben zum Indikator

Laufende Registernummer	U.1
Gruppe	Umwelt
Schlüsselthema	Klimaschutz
Definition	Emission von Treibhausgasen in Mio. t CO ₂ e
Transformation	Relative Vorjahresveränderung
Einheit	Prozent gegenüber Vorjahr
Benchmark	Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre
Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit	Rückgang
Jahr der aktuellen Beobachtung	2014
Primärdatenquelle	Umweltbundesamt
Anmerkungen / Besonderheiten	Primärdaten liegen erst seit 1990 vor

Quelle: KfW

Anteil Erneuerbare Energien am Endenergieverbrauch



Prozentpunkte ggü. Vorjahr	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Anteil Erneuerbare Energien am Endenergieverbrauch	-0,7	1,1	0,6	1,1	0,8	0,2
Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre	0,7	0,5	0,6	0,7	0,7	0,8
Nachhaltigkeitslücke	-1,4	0,6	0,0	0,4	0,1	-0,6
Scores	-2	1	0	1	0	-1

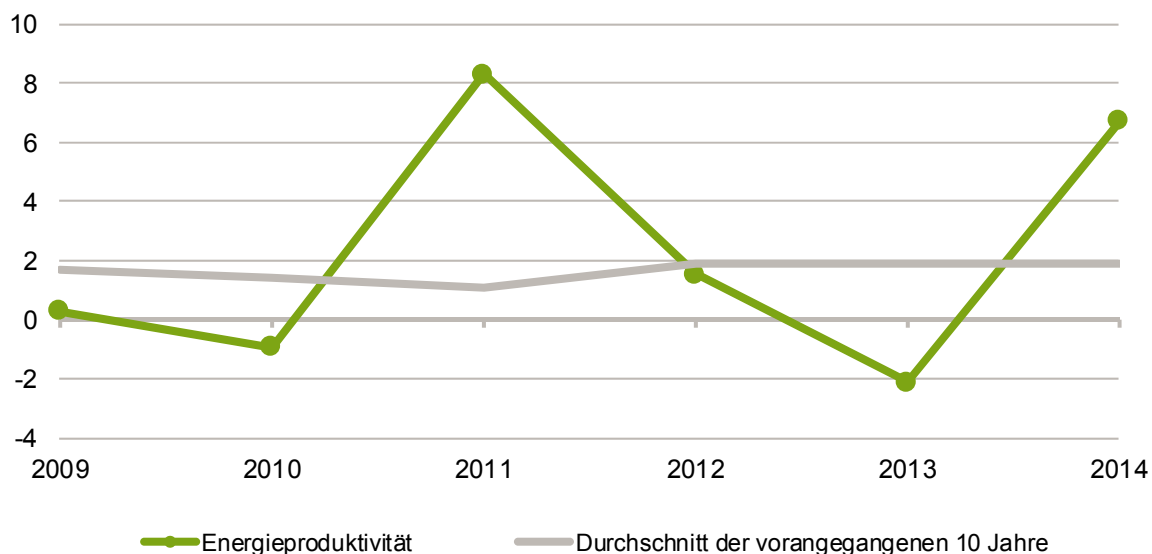
Quelle: KfW

Angaben zum Indikator

Laufende Registernummer	U.2
Gruppe	Umwelt
Schlüsselthema	Erneuerbare Energien
Definition	Prozentanteil der Erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch
Transformation	Differenz zum Vorjahreswert
Einheit	Prozentpunkte ggü. Vorjahr
Benchmark	Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre
Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit	Anstieg
Jahr der aktuellen Beobachtung	2013
Primärdatenquelle	BMWi
Anmerkungen / Besonderheiten	Primärdaten liegen erst seit 1990 vor

Quelle: KfW

Energieproduktivität



Prozent ggü. Vorjahr	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Energieproduktivität	0,3	-0,9	8,3	1,5	-2,1	6,7
Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre	1,7	1,4	1,1	1,9	1,9	1,9
Nachhaltigkeitslücke	-1,4	-2,3	7,2	-0,4	-4,0	4,9
Scores	-1	-1	2	0	-2	2

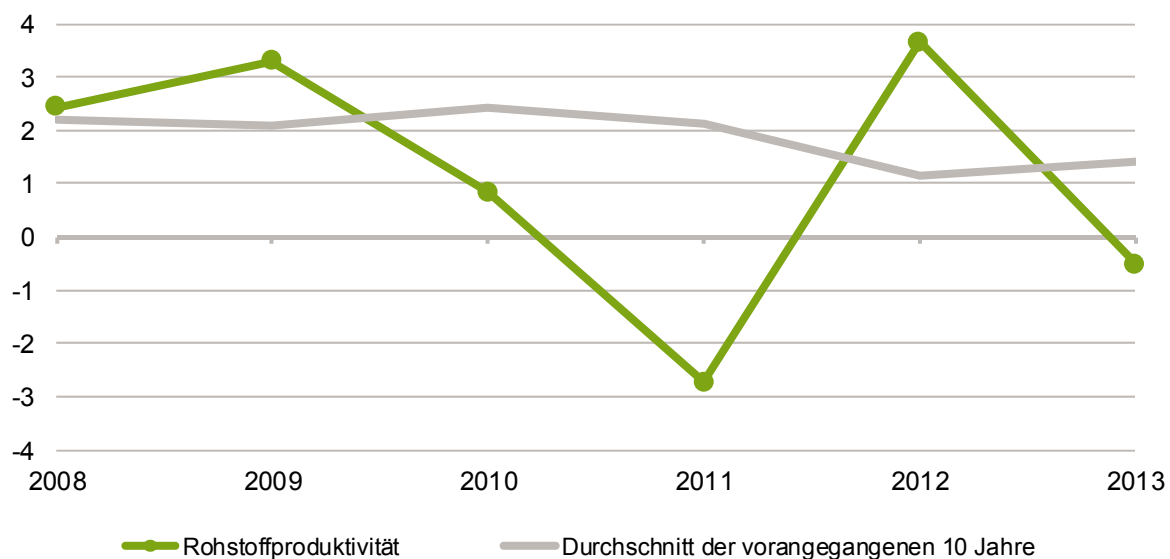
Quelle: KfW

Angaben zum Indikator

Laufende Registernummer	U.3
Gruppe	Umwelt
Schlüsselthema	Energienutzung
Definition	Reales BIP bezogen auf den Primärenergieverbrauch (1990=100)
Transformation	Relative Vorjahresveränderung
Einheit	Prozent gegenüber Vorjahr
Benchmark	Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre
Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit	Anstieg
Jahr der aktuellen Beobachtung	2014
Primärdatenquelle	Statistisches Bundesamt, AG Energiebilanzen
Anmerkungen / Besonderheiten	Primärdaten liegen erst seit 1990 vor

Quelle: KfW

Rohstoffproduktivität



Prozent ggü. Vorjahr	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Rohstoffproduktivität	2,4	3,3	0,8	-2,7	3,6	-0,5
Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre	2,2	2,1	2,4	2,1	1,1	1,4
Nachhaltigkeitslücke	0,2	1,2	-1,6	-4,9	2,5	-1,9
Scores	0	1	-1	-2	1	-1

Quelle: KfW

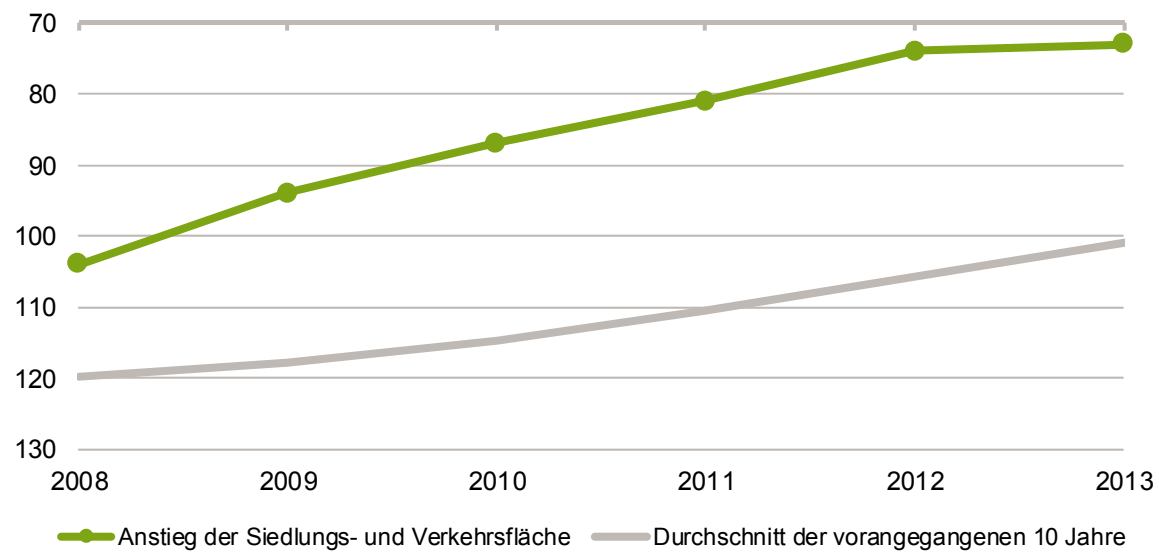
Angaben zum Indikator

Laufende Registernummer	U.4
Gruppe	Umwelt
Schlüsselthema	Rohstoffnutzung
Definition	Reales BIP bezogen auf die Inanspruchnahme nicht erneuerbaren Primärmaterials (1994=100)
Transformation	Relative Vorjahresveränderung
Einheit	Prozent gegenüber Vorjahr
Benchmark	Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre
Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit	Anstieg
Jahr der aktuellen Beobachtung	2013
Primärdatenquelle	Statistisches Bundesamt
Anmerkungen / Besonderheiten	Primärdaten liegen erst seit 1991 vor

Quelle: KfW

Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche

Grafische Skala invertiert, da Rückgang eine Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit bedeutet



ha pro Tag	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche	104,0	94,0	87,0	81,0	74,0	73,0
Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre	119,9	118,0	114,8	110,6	105,9	101,0
Nachhaltigkeitslücke	15,9	24,0	27,8	29,6	31,9	28,0
Scores	2	2	2	2	2	2

Quelle: KfW

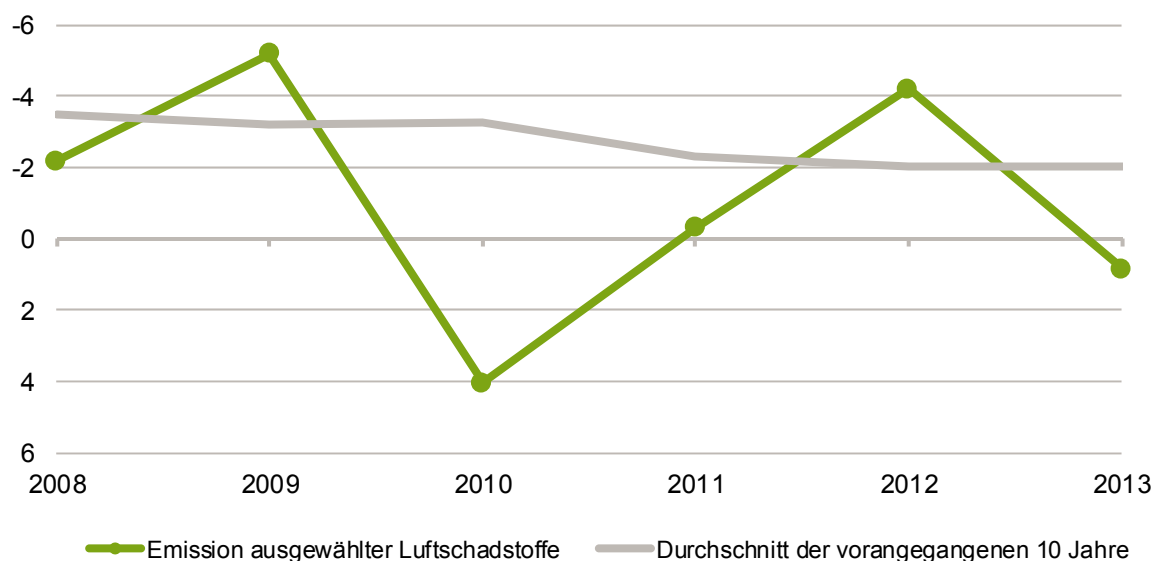
Angaben zum Indikator

Laufende Registernummer	U.5
Gruppe	Umwelt
Schlüsselthema	Flächennutzung
Definition	Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche
Transformation	keine (Niveaugröße)
Einheit	ha pro Tag
Benchmark	Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre
Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit	Rückgang
Jahr der aktuellen Beobachtung	2013
Primärdatenquelle	Statistisches Bundesamt, BBR
Anmerkungen / Besonderheiten	Primärdaten liegen erst seit 1993 vor; gleitender Vierjahresdurchschnitt

Quelle: KfW

Emission ausgewählter Luftschadstoffe

Grafische Skala invertiert, da Rückgang eine Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit bedeutet



Prozent ggü. Vorjahr	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Emission ausgewählter Luftschadstoffe	-2,2	-5,2	4,0	-0,3	-4,2	0,9
Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre	-3,5	-3,2	-3,2	-2,3	-2,0	-2,0
Nachhaltigkeitslücke	-1,3	2,0	-7,3	-2,0	2,2	-2,9
Scores	-1	2	-2	-1	1	-1

Quelle: KfW

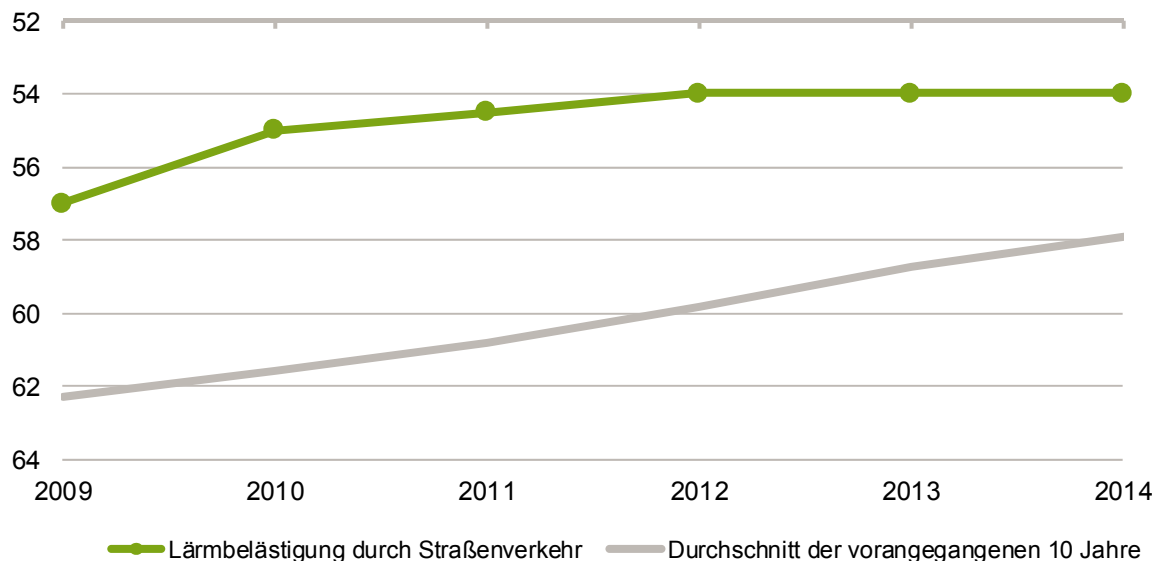
Angaben zum Indikator

Laufende Registernummer	U.6
Gruppe	Umwelt
Schlüsselthema	Luftschadstoffemissionen
Definition	Emission ausgewählter klassischer Luftschadstoffe (Schwefeldioxid, Stickstoffoxid, Ammoniak, flüchtige organische Verbindungen, Kohlenmonoxid und Feinstaub PM 10; durchschnittlicher Index 1995=100)
Transformation	Relative Vorjahresveränderung
Einheit	Prozent gegenüber Vorjahr
Benchmark	Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre
Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit	Rückgang
Jahr der aktuellen Beobachtung	2013
Primärdatenquelle	Umweltbundesamt
Anmerkungen / Besonderheiten	Primärdaten liegen erst seit 1995 vor

Quelle: KfW

Lärmbelästigung durch Straßenverkehr

Grafische Skala invertiert, da Rückgang eine Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit bedeutet



Prozent der Befragten	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Lärmbelästigung durch Straßenverkehr	57,0	55,0	54,5	54,0	54,0	54,0
Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre	62,3	61,6	60,8	59,9	58,8	57,9
Nachhaltigkeitslücke	5,3	6,6	6,3	5,9	4,8	3,9
Scores	2	2	2	2	2	1

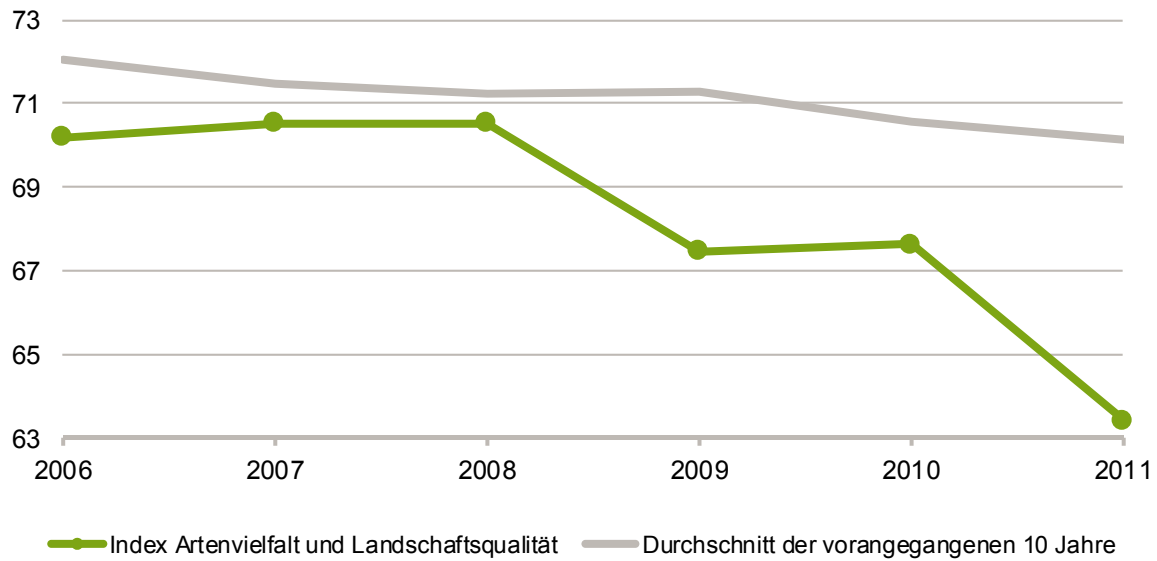
Quelle: KfW

Angaben zum Indikator

Laufende Registernummer	U.7
Gruppe	Umwelt
Schlüsselthema	Lärm
Definition	Anteil der Befragten, die angeben, durch Lärm im Straßenverkehr gestört oder belästigt zu werden (Summe der Anteile der Antwortkategorien "etwas", "mittelmäßig", "stark" und "äußerst")
Transformation	keine (Niveaugröße)
Einheit	Prozent der Befragten
Benchmark	Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre
Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit	Rückgang
Jahr der aktuellen Beobachtung	2014
Primärdatenquelle	BMUB, Umweltbundesamt: Bevölkerungsumfrage zum "Umweltbewusstsein in Deutschland"
Anmerkungen / Besonderheiten	Primärdaten liegen erst seit 2000 vor; Befragung nur zweijährig; fehlende Jahre durch lineare Interpolation der Angaben für die Nachbarjahre ergänzt

Quelle: KfW

Index Artenvielfalt und Landschaftsqualität



Index 2015=100	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Index Artenvielfalt und Landschaftsqualität	70.2	70.5	70.5	67.5	67.6	63.4
Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre	72.1	71.5	71.2	71.3	70.5	70.1
Nachhaltigkeitslücke	-1.9	-0.9	-0.7	-3.8	-2.9	-6.7
Scores	-1	-1	-1	-2	-2	-2

Quelle: KfW

Angaben zum Indikator

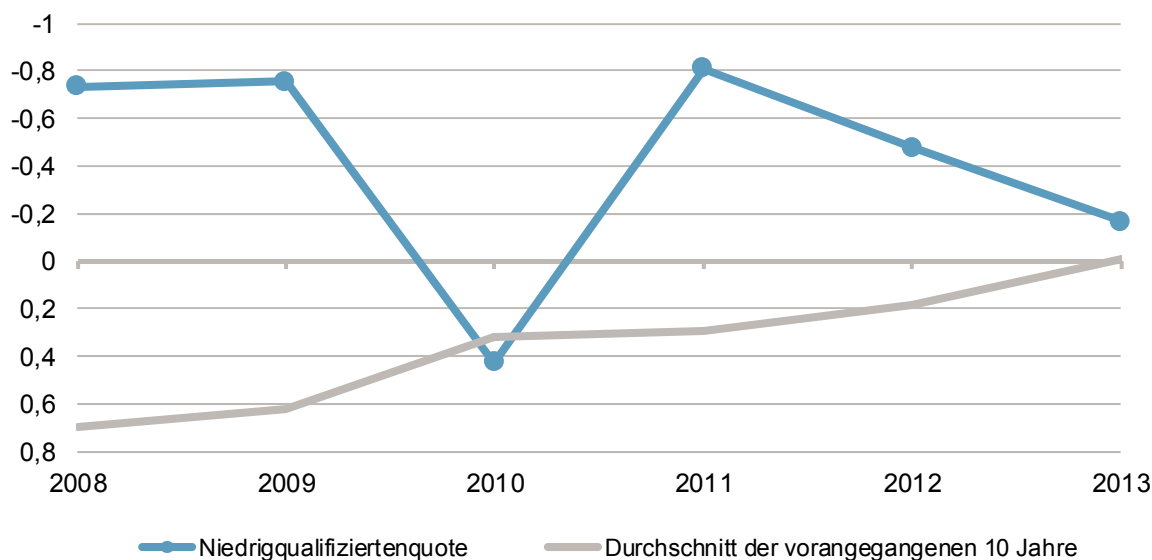
Laufende Registernummer	U.8
Gruppe	Umwelt
Schlüsselthema	Artenvielfalt
Definition	Index der Artenvielfalt und Landschaftsqualität
Transformation	keine (Niveaugröße)
Einheit	Index 2015=100
Benchmark	Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre
Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit	Anstieg
Jahr der aktuellen Beobachtung	2011
Primärdatenquelle	Bundesamt für Naturschutz
Anmerkungen / Besonderheiten	Primärdaten liegen erst seit 1990 vor

Quelle: KfW

Basisindikatoren im Detail: Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Niedrigqualifiziertenquote

Grafische Skala invertiert, da Rückgang eine Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit bedeutet



Prozentpunkte ggü. Vorjahr	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Niedrigqualifiziertenquote	-0,7	-0,8	0,4	-0,8	-0,5	-0,2
Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre	0,7	0,6	0,3	0,3	0,2	0,0
Nachhaltigkeitslücke	1,4	1,4	-0,1	1,1	0,7	0,2
Scores	2	2	0	2	1	0

Quelle: KfW

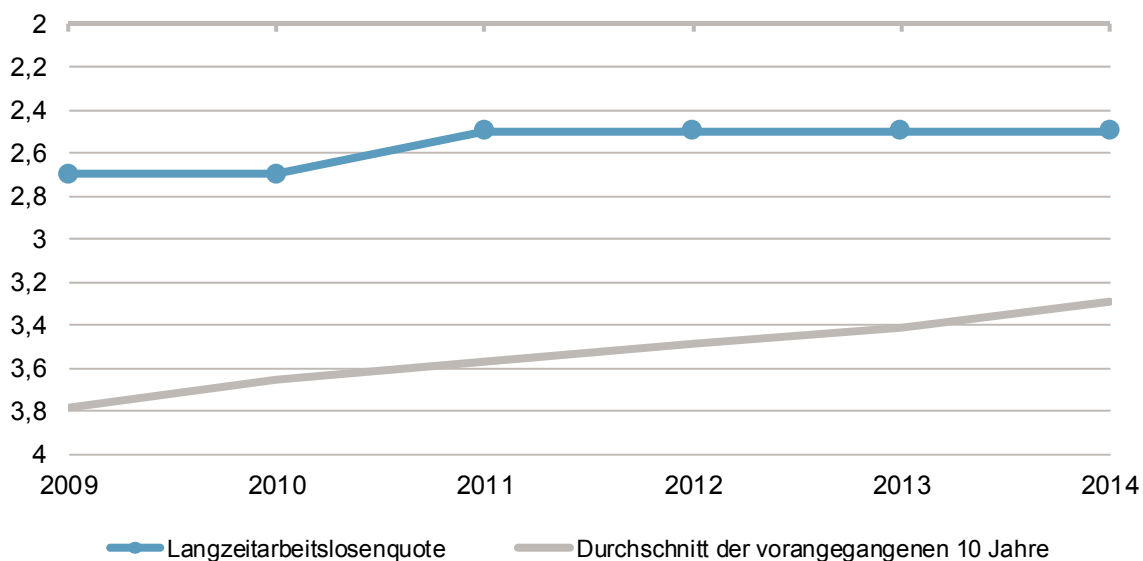
Angaben zum Indikator

Laufende Registernummer	G.1
Gruppe	Gesellschaftlicher Zusammenhalt
Schlüsselthema	Bildung
Definition	Prozentanteil der 25- bis unter 30-Jährigen ohne berufsqualifizierenden Bildungsabschluss an der gleichaltrigen Bevölkerung
Transformation	Differenz zum Vorjahreswert
Einheit	Prozentpunkte gegenüber Vorjahr
Benchmark	Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre
Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit	Rückgang
Jahr der aktuellen Beobachtung	2013
Primärdatenquelle	Bundesagentur für Arbeit
Anmerkungen / Besonderheiten	Daten vor 1998 teilweise lückenhaft, fehlende Jahreswerte durch lineare Interpolation geschätzt

Quelle: KfW

Langzeitarbeitslosenquote

Grafische Skala invertiert, da Rückgang eine Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit bedeutet



Prozent der zivilen Erwerbspersonen	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Langzeitarbeitslosenquote	2,7	2,7	2,5	2,5	2,5	2,5
Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre	3,8	3,7	3,6	3,5	3,4	3,3
Nachhaltigkeitslücke	1,1	1,0	1,1	1,0	0,9	0,8
Scores	2	2	2	2	2	1

Quelle: KfW

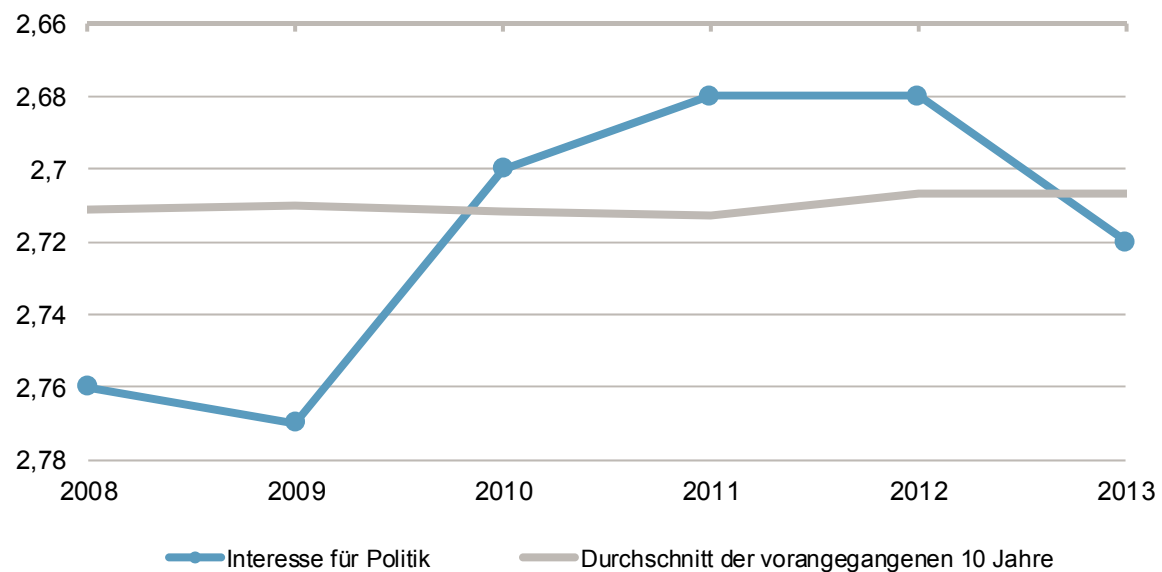
Angaben zum Indikator

Laufende Registernummer	G.2
Gruppe	Gesellschaftlicher Zusammenhalt
Schlüsselthema	Wirtschaftliche Teilhabe
Definition	Prozentanteil der Personen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, an allen zivilen Erwerbspersonen
Transformation	keine (Niveaugröße)
Einheit	Prozent der zivilen Erwerbspersonen
Benchmark	Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre
Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit	Rückgang
Jahr der aktuellen Beobachtung	2014
Primärdatenquelle	Bundesagentur für Arbeit
Anmerkungen / Besonderheiten	Primärdaten liegen erst seit 1993 vor

Quelle: KfW

Interesse für Politik

Grafische Skala invertiert, da Rückgang eine Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit bedeutet



Skala 1 (sehr starkes) bis 4 (kein)	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Interesse für Politik	2,76	2,77	2,70	2,68	2,68	2,72
Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre	2,71	2,71	2,71	2,71	2,71	2,71
Nachhaltigkeitslücke	-0,05	-0,06	0,01	0,03	0,03	-0,01
Scores	-1	-2	0	1	1	0

Quelle: KfW

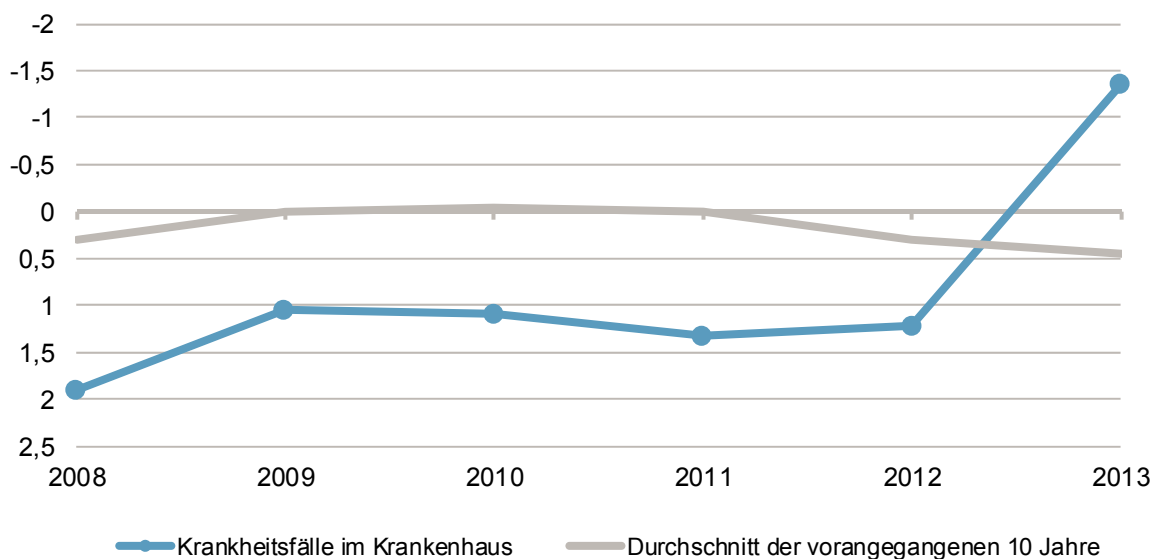
Angaben zum Indikator

Laufende Registernummer	G.3
Gruppe	Gesellschaftlicher Zusammenhalt
Schlüsselthema	Politische Teilhabe
Definition	Auf einer Skala von 1 ("sehr starkes Interesse") bis 4 ("überhaupt kein Interesse") bekundetes Interesse der repräsentativ Befragten für Politik
Transformation	keine (Niveaugröße)
Einheit	Skala 1 bis 4
Benchmark	Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre
Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit	Rückgang
Jahr der aktuellen Beobachtung	2013
Primärdatenquelle	Sozioökonomisches Panel des DIW Berlin (SOEP)
Anmerkungen / Besonderheiten	keine

Quelle: KfW

Krankheitsfälle im Krankenhaus

Grafische Skala invertiert, da Rückgang eine Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit bedeutet



Prozent ggü. Vorjahr	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Krankheitsfälle im Krankenhaus	1,9	1,1	1,1	1,3	1,2	-1,4
Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre	0,3	0,0	0,0	0,0	0,3	0,5
Nachhaltigkeitslücke	-1,6	-1,0	-1,1	-1,3	-0,9	1,8
Scores	-1	-1	-1	-1	-1	1

Quelle: KfW

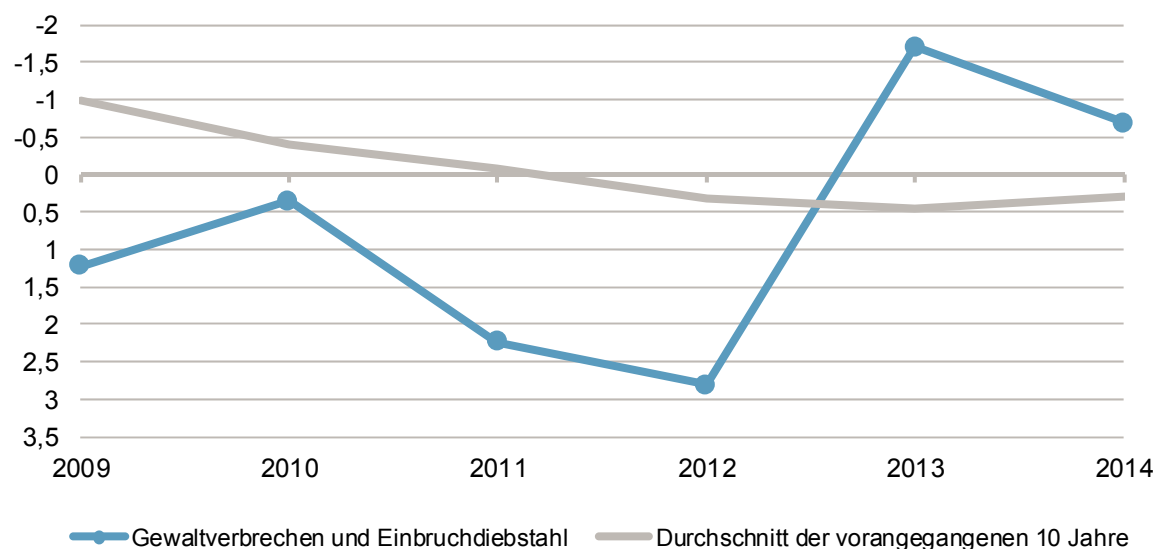
Angaben zum Indikator

Laufende Registernummer	G.4
Gruppe	Gesellschaftlicher Zusammenhalt
Schlüsselthema	Gesundheit
Definition	Anzahl der Krankheitsfälle im Krankenhaus (Krebs, Kreislauf, psychische und Verhaltensstörungen) je Einwohner
Transformation	Relative Vorjahresveränderung
Einheit	Prozent gegenüber Vorjahr
Benchmark	Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre
Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit	Rückgang
Jahr der aktuellen Beobachtung	2013
Primärdatenquelle	Statistisches Bundesamt (Krankenhausstatistik)
Anmerkungen / Besonderheiten	Daten liegen erst seit 1994 vor; Bruch in den jährlichen Bevölkerungszahlen als Folge von Zensus 2011 statistisch geglättet

Quelle: KfW

Gewaltverbrechen und Einbruchdiebstahl

Grafische Skala invertiert, da Rückgang eine Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit bedeutet



Prozent ggü. Vorjahr	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Gewaltverbrechen und Einbruchdiebstahl	1,2	0,4	2,2	2,8	-1,7	-0,7
Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre	-1,0	-0,4	-0,1	0,3	0,4	0,3
Nachhaltigkeitslücke	-2,2	-0,7	-2,3	-2,5	2,1	1,0
Scores	-1	-1	-1	-2	1	1

Quelle: KfW

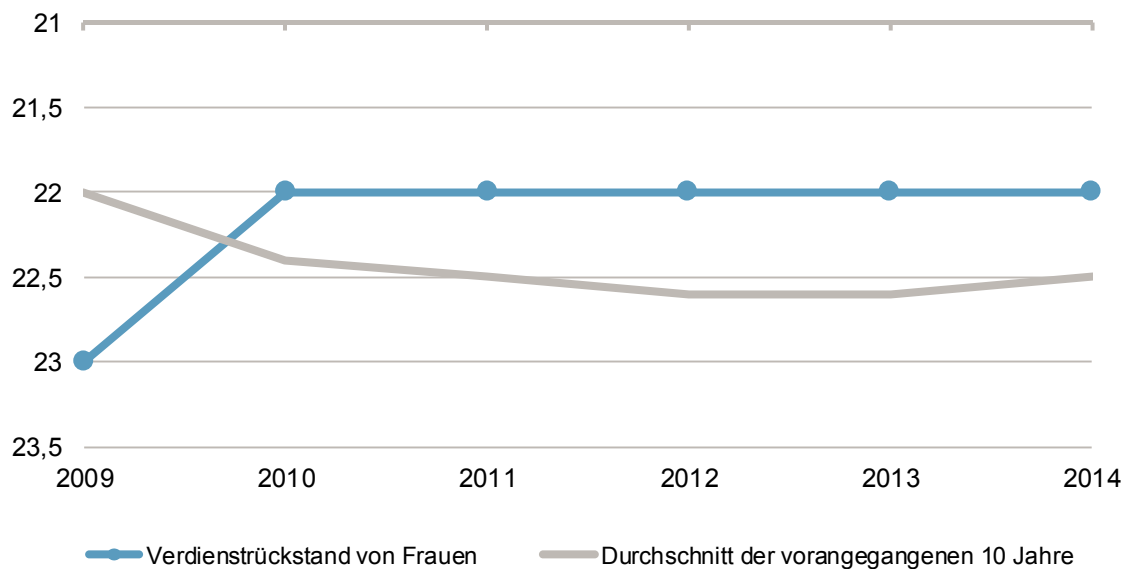
Angaben zum Indikator

Laufende Registernummer	G.5
Gruppe	Gesellschaftlicher Zusammenhalt
Schlüsselthema	Sicherheit
Definition	Summe von Gewaltverbrechen und Wohnungseinbruchdiebstahl pro 100.000 Einwohner
Transformation	Relative Vorjahresveränderung
Einheit	Prozent gegenüber Vorjahr
Benchmark	Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre
Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit	Rückgang
Jahr der aktuellen Beobachtung	2014
Primärdatenquelle	Polizeiliche Kriminalstatistik
Anmerkungen / Besonderheiten	Bruch in den jährlichen Bevölkerungszahlen als Folge von Zensus 2011 statistisch geglättet

Quelle: KfW

Verdienstrückstand von Frauen

Grafische Skala invertiert, da Rückgang eine Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit bedeutet



Prozent des Männerverdienstes	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Verdienstrückstand von Frauen	23,0	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0
Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre	22,0	22,4	22,5	22,6	22,6	22,5
Nachhaltigkeitslücke	-1,0	0,4	0,5	0,6	0,6	0,5
Scores	-1	1	1	1	1	1

Quelle: KfW

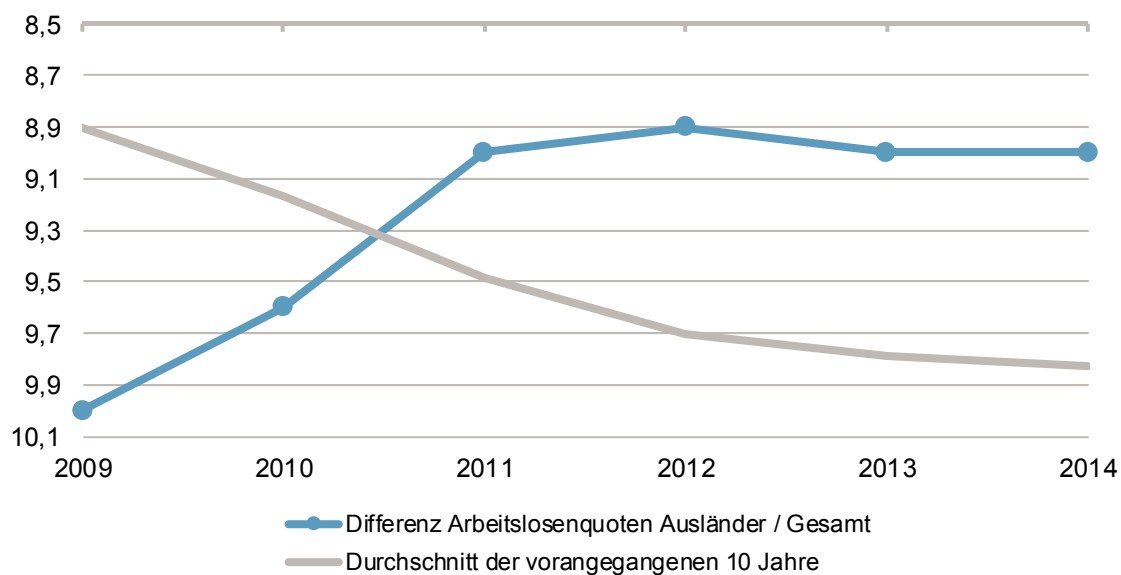
Angaben zum Indikator

Laufende Registernummer	G.6
Gruppe	Gesellschaftlicher Zusammenhalt
Schlüsselthema	Gleichberechtigung
Definition	Prozentualer Rückstand des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes von Frauen gegenüber dem Bruttostundenverdienst der Männer
Transformation	keine (Niveaugröße)
Einheit	Prozent des Männerverdienstes
Benchmark	Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre
Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit	Rückgang
Jahr der aktuellen Beobachtung	2014
Primärdatenquelle	Statistisches Bundesamt
Anmerkungen / Besonderheiten	Primärdaten liegen erst seit 1995 vor

Quelle: KfW

Differenz Arbeitslosenquoten Ausländer / Gesamt

Grafische Skala invertiert, da Rückgang eine Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit bedeutet



Prozentpunkte	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Differenz Arbeitslosenquoten Ausländer / Gesamt	10,0	9,6	9,0	8,9	9,0	9,0
Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre	8,9	9,2	9,5	9,7	9,8	9,8
Nachhaltigkeitslücke	-1,1	-0,4	0,5	0,8	0,8	0,8
Scores	-1	-1	1	1	1	1

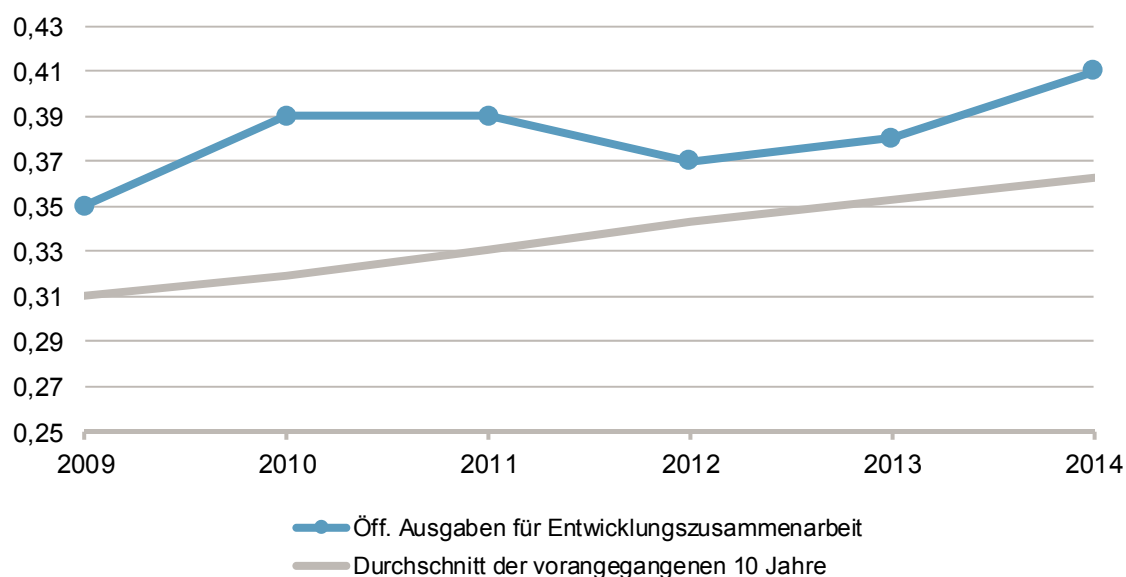
Quelle: KfW

Angaben zum Indikator

Laufende Registernummer	G.7
Gruppe	Gesellschaftlicher Zusammenhalt
Schlüsselthema	Integration
Definition	Arbeitslosenquote von Ausländern (ausländische Arbeitslose in Prozent der ausländischen abhängigen zivilen Erwerbspersonen) abzüglich der Arbeitslosenquote insgesamt (Arbeitslose insgesamt in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen insgesamt)
Transformation	keine (Niveaugröße)
Einheit	Prozentpunkte ggü. Gesamtarbeitslosenquote
Benchmark	Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre
Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit	Rückgang
Jahr der aktuellen Beobachtung	2014
Primärdatenquelle	Bundesagentur für Arbeit
Anmerkungen / Besonderheiten	Westdeutsche Daten bis 1997

Quelle: KfW

Öff. Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit



Prozent des Bruttonationaleinkommens	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Öff. Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit	0,35	0,39	0,39	0,37	0,38	0,41
Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre	0,31	0,32	0,33	0,34	0,35	0,36
Nachhaltigkeitslücke	0,04	0,07	0,06	0,03	0,03	0,05
Scores	1	2	2	1	1	1

Quelle: KfW

Angaben zum Indikator

Laufende Registernummer	G.8
Gruppe	Gesellschaftlicher Zusammenhalt
Schlüsselthema	Internationale Verantwortung
Definition	Öffentliche Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) bezogen auf das Bruttonationaleinkommen
Transformation	keine (Niveaugröße)
Einheit	Prozent des Bruttonationaleinkommens
Benchmark	Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre
Verbesserung im Sinn der Nachhaltigkeit	Anstieg
Jahr der aktuellen Beobachtung	2014
Primärdatenquelle	OECD / DAC
Anmerkungen / Besonderheiten	keine

Quelle: KfW